Völkischer Beobachter

Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Herausgeber: Dietrich Eckart

Erscheint täglich. Bezugspreis im Inland durch die Post im Juli M. 13 500,—, unter Streifband M. 23 000,—. Anzeigen-Annahme nur Schellingstraße 39/I nach aufliegendem Tarif. Schriftleitung: München, Schellingstraße 39/I. Fernruf 23695, 27460. Sprechstunden: Täglich nur von 10—11 Uhr vorm.

Geschäftsstelle München: Thierschstraße 15. / Fernruf 20647. / Drahtanschrift: „Beobachter München". / Geschäftszeit: Vormittags 8-12, nachmittags 2-6 Uhr, Samstag 8-1 Uhr. / Postscheckkonto: Frz. Eher Nachfolger, G. m. b. H., München 11346. / Bankkonto: Deutsche Handelsbank, A.-G., München, Herzog-Wilh.-Str. 33.

Streifbandbezugsgebühr für Juli im Ausland: Österreich Kr. 20 000,-, Ungarn Kr. 2000,-, Tschechoslowakei 10 Kč., England u. bisher. deutsche Kolonien 3 sh., Jugoslawien 40 Dinare, Polen 25 000 M. p., Italien 10 Lire, Holland 1 fl., Ver. Staat. ½ Dollar, Schweiz u. d. übr. d. Weltpostv. angeschl. Staat. 2½ Schwz. Fr.

Postsparkasse Wien, Konto 79921, Franz Eher Nachfolger, G. m. b. H. / Deutsche Gewerkschafts- und Genossenschaftsbank Reichenberg, Postscheckkonto 64863 beim Postscheckamt Prag (Angabe für Franz Eher Nachfolger, München, am den Erlagschein erforderl.)

147. Ausg., 37. Jahrg. | München (Freitag), den 27. Juli 1923 | Preis für München M. 1500,—, auswärts M. 2000,—

Dr. Heim 1901 und 1923

Am 28. und 29. November 1901 ging es in der Bayerischen Kammer lebhaft zu. Es wurde über den Antrag verhandelt:

„Die Kammer wolle beschließen: Es sei an die Kgl. Staatsregierung die Bitte zu stellen, Israeliten möglichst nur im Verhältnisse der israelitischen Bevölkerung zur Gesamtbevölkerung in der Justizverwaltung aufzunehmen."

Mit 77 gegen 51 Stimmen wurde dieser Antrag angenommen. Uns interessiert hier nur der Antragsteller. Aus seiner damaligen Eröffnungs- und Schlußrede geben wir wortgetreu (laut offiziellem stenographischen Bericht) die folgenden Sätze wieder:

„Es gibt soviele Juden, die fragen gar nichts mehr nach der Schächtfrage — das sind aber nicht die bräveren (Heiterkeit), die schächten allerdings keine Ochsen mehr, aber die Menschen."

„— — das Judentum, wenn es gerecht urteilt, muß begreiflich finden, daß eine große Kluft zwischen Juden und Christen besteht."

„— — lassen Sie im wirtschaftlichen Leben irgendeine Änderung vor sich gehen, einen Erwerbszweig entstehen in modernem neuen Kleide, den man bisher nicht gekannt hat, der nicht ganz reinlich ist, so werden Sie immer finden, es sind Juden die Träger des neuen Gedankens."

„Ich rede von solchen, die noch Israeliten sind, es gibt auch solche, die unterdes konfessionslos geworden sind. Die sind nicht besser. Wenn sie einen Kanarienvogel zwanzig Jahre lang auf denselben Baum setzen, wo vorher ein Specht gehämmert hat, wird er doch nie hämmern."

„— — da sehen Sie ihn schon hintanstehen, den krummnasigen Schulten, wie er sich die Hände reibt und lacht und sich freut, daß es ihnen gelungen ist, die christlichen Konfessionen gegeneinander in den Kampf zu hetzen."

Man wird zugeben: wer so spricht, dürfte hundert- und tausendmal versichern, daß er kein Antisemit sei; nur ein Strohkopf würde ihm das glauben.

Und wer war es?

Herr Dr. Heim!

*

Das war 1901. Jetzt sitzt Dr. Heim als Aufsichtsrat in der jüdisch-bestimmten „Deutschen Bank" neben den Mankiewicz, Stauß und Wassermann und erklärt, von den Juden lernen zu wollen.

Sein Sohn ist Direktor einer jüdischen Malzfabrik in Schweinfurt.

Sein Schwiegersohn ist Direktor in der alljüdischen Darmstädter Bank, Filiale Regensburg.

Oh, Seele, was willst du noch mehr! Die Führung der bayerischen Bauernschaft ruht in sichern Händen.

D.

Großes Geschenk Dr. Heims an die Münchener Polizei

Wie wir erfahren, hat Dr. Georg Heim der Münchener Polizei 60 Ztr. Mehl, das Pfund zu 3400 Mark, gespendet. Für gewöhnliche Sterbliche kostet jetzt das Pfund Mehl 11 000 bis 13 000 Mark! Wir gönnen dieses staunenswert billige Mehl aus den Riesenvorräten des Dr. Heim der Münchener Polizei gewiß aus ganzem Herzen, meinen aber doch, daß es breite Schichten im deutschen Volke gibt, die viel, viel schlechter gestellt sind als unsere Staatsbeamten. Wir denken z. B. an die Kleinrentner. Hoffentlich holt Dr. Heim recht bald das Versäumte nach.

Interessieren würde es uns, zu erfahren, ob diese Mehlspende in einem ursächlichen Zusammenhang steht mit dem schneidigen Vorgehen der Polizei gegen die deutschen Turner?

Übrigens wird unsere Polizei öfters mit solchen Spenden bedacht. So in diesem Frühjahr, als die beschlagnahmte Eichele-Butter an die Beamten von oben herab bis zur VIII. Gehaltsklasse herunter zu 500 Mark das Pfund verkauft wurde.

„Ich kann mich auf die Polizei restlos verlassen", sagte Dr. Schweyer am 19. Juli im Landtag.

Aus dem Ruhrgebiet

tu. **Dortmund**, 26. Juli. In [illegible] ist eine Werkstätte für Heeresbedarf von den Franzosen eingerichtet worden. — Die Franzosen versuchen auf jede Art und Weise, die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung zu unterbinden.

Die Verkehrssperre

tu. **Berlin**, 26. Juli. Die Blätter warnen auch heute noch davor, den bisherigen Meldungen über die Aufhebung der Verkehrssperre schon jetzt uneingeschränkten Glauben zu schenken. So schreibt die „Deutsche Tageszeitung", nach den Erfahrungen, die wir schon gemacht haben, werde man in Deutschland gut daran tun, nicht eher eine Reise ins besetzte Gebiet anzutreten, als bis die Sperre tatsächlich aufgehoben ist.

tu. **Dortmund**, 26. Juli. Die Verkehrssperre wird heute nachts 12 Uhr aufgehoben werden. Die Züge verkehren morgen früh wieder nach Dortmund-Süd. Die Abstempelung der Pässe für Dortmund, Bochum, Landkreis Wattenscheid und den besetzten Teil von Hattingen findet täglich nur von 9 bis 10 Uhr vormittags statt. Gegen diese Beschränkung der Abstempelung, die eine künstliche Verlängerung der Verkehrssperre bedeutet, herrscht in der Bevölkerung große Erregung.

Protest gegen die Besetzung von Barmen

tu. **Berlin**, 26. Juli. Der deutsche Geschäftsträger in Paris hat der französischen Regierung folgende Note übergeben:

Am 13. Juli sind französische Truppen mit Panzerwagen und Maschinengewehren in Barmen eingerückt. Rathaus, Eisenbahn, Post, Reichsbank und Handelskammer wurden besetzt; Reichsbankdirektor Crusius und eine Hundertschaft der Schutzpolizei wurden festgenommen. Gegen Mittag haben sich die Truppen wieder entfernt. Von den festgenommenen Personen befinden sich zwei Schutzpolizisten noch immer in Haft. Die deutsche Regierung legt gegen diesen neuen Einbruch in deutsches Gebiet feierlich Verwahrung ein. Sie behält sich alle Schadenersatzansprüche vor.

Protestgewinsel

tu. **Berlin**, 26. Juli. Die deutschen Vertreter in Paris und Brüssel sind beauftragt worden, folgende Note an die französische und belgische Regierung zu richten:

Eine Verordnung der Rheinlandskommission bedroht jeden mit Strafe, der den rechtsverbindlichen Charakter der von der Kommission oder ihren Organen getroffenen Anordnungen in irgend einer Form bestreitet. Erhöhte Strafe wird demjenigen angedroht, der durch Rat oder Tat den Widerstand gegen ihre Anordnungen fördert. Endlich wird verboten, durch Verteilung von Geld oder anderer Gaben oder von Entschädigungen an der Aufrechterhaltung des Widerstandes mitzuwirken.

Die deutsche Regierung hat seit dem Ruhreinbruch immer wieder gegen Anordnungen der Rheinlandskommission Einspruch erheben müssen, weil sie, weit davon entfernt, sich im Rahmen des für die Rechte der Kommission maßgebenden Rheinlandsabkommens zu halten, selbst den Grundsätzen des Völkerrechtes über die Rechte einer Okkupationsmacht zuwiderlaufen.

Wenn die Bevölkerung des besetzten deutschen Gebietes derartige, durch die Reichsregierung als rechtsungültig beanstandete Anordnungen nicht beachtet, so kann ihr um so weniger ein Vorwurf gemacht werden, da das Deutsche Reich nach den Bestimmungen des Rheinlandsabkommens die Verwaltung im besetzten Gebiete behalten hat.

Die neue Anordnung der Rheinlandskommission sucht nunmehr die trotz aller Mühsal und Not standhaft durchgeführte Haltung der Bevölkerung gegenüber den auch von ihr als rechtsungültig empfundenen Anordnungen damit zu erschüttern, daß sie die natürlichsten Regungen der Ablehnung, ja sogar die einfachsten Worte sachlicher Kritik unter Strafe stellt. Die Art der Mittel, zu denen die Rheinlandskommission greift, ist ein Zeichen für eine schlechte Sache. Der deutsche Rechtsstandpunkt wird dadurch nicht erschüttert.

Unter Berufung auf ihr gutes Recht legt die deutsche Regierung gegen die Verordnung Nr. 192, die unter Mißachtung jedes Rechtsempfindens neues Leid auf eine schuld- und wehrlose Bevölkerung häuft, feierlich Verwahrung ein.

In London und Rom sind gleichfalls Vorstellungen erhoben worden.

Belgien und der französische Antwortentwurf

tu. **Paris**, 25. Juli. Anläßlich der gestern erfolgten Bekanntgabe des französischen Antwortentwurfs an Belgien schreibt „Petit Parisien", auf jeden Fall werde Belgien nichts gegen die französische Einstellung in der Frage des passiven Widerstandes einzuwenden haben. Weiter werde es im vollen Einvernehmen mit Frankreich das Ruhrgebiet nur nach Maßgabe der erfolgten Zahlungen räumen. Indessen sei es möglich, daß Theunis und Jaspar in bezug auf die Reparationen eine besondere Stellung einnehmen und eventuell einen Versöhnungsversuch in England zu unternehmen gedenken; möglich sei ferner, daß der englische Vorschlag einer Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit von Belgien angenommen werde, vorausgesetzt, daß sie interalliierten Sachverständigen aufgetragen werde. Zu der Frage, ob Frankreich und Belgien dem Londoner Kabinett eine gemeinsame oder getrennte Antwort geben werden, erfährt das Blatt, man könne bestimmt damit rechnen, daß der Wortlaut der Dokumente nur in unwesentlichen Punkten voneinander verschieden sein werde.

Italien und die englische Note

tu. **Rom**, 25. Juli. In Kreisen, die der Konsulta sehr nahestehen, wird gesagt, die englische Note mache einen außerordentlich ernsten Eindruck durch die Feierlichkeit ihrer Form. Es sei zweifellos, daß der englische Standpunkt sich dem italienischen sehr genähert habe, obwohl bisher noch immer in der Frage der Zusammengehörigkeit des Ruhrproblems und der interalliierten Schulden noch einige Differenzen bestehen. Immerhin sei die italienische Regierung bereit, alles zu tun, um den englischen Schritt einen Erfolg zu sichern, denn die Ruhrfrage habe sich derart zugespitzt, daß ihre Lösung im Interesse der Welt unabweislich ist. Ob es mit diesem ersten Schritt schon gelingen werde, ans Ziel zu kommen, bleibe dahingestellt, doch werde die Note ganz zweifellos die Wege zur Verständigung anbahnen.

Englands Kampf um die Luftmacht

tu. **London**, 26. Juli. Das englische Kabinett ist dabei, einen weiteren Schritt zu tun, um die Vorherrschaft in der Luft zu erringen. Man denkt an eine Ausdehnung des englischen Luftverkehrsdienstes bis nach Australien oder um die ganze Welt. Nach den bisher vorliegenden Plänen soll der Bau von Luftschiffen von noch nicht dagewesener Dimension geschehen. Übrigens ist eine Verdreifachung der englischen Luftstreitkräfte nicht ausgeschlossen. Man hat Prämien ausgesetzt für neue Konstruktionen von Flugzeugen und Motoren. Geplant ist auch, eine Verbindung der Verkehrsluftfahrt mit der Kriegsluftfahrt zu schaffen und die Schaffung einer Luftflottenreserve. Die früheren Führer der Kriegsflugzeuge sollen sich einem Prüfungskurs unterwerfen. Man hofft, bald über tausend mit den neuesten Errungenschaften vertraute Piloten verfügen zu können. Dies bedingt die Bereitstellung von Mitteln zum Bau neuer Flugmaschinen, weil man dann sofort eine stets dienstbereite Reserve schaffen will.

General Brancker, der Direktor des zivilen Luftamts, ist gestern im Flugzeug von Göteborg zurückgekehrt. Dem Vernehmen nach wird der Luftfahrtminister Sir Hoare anfangs nächsten Monats Göteborg besuchen.

Das Hauptziel der engl. Politik

tu. **London**, 26. Juli. Baldwin hat an den unionistischen Kandidaten für die Nachwahl in Leeds ein Telegramm gerichtet, in dem er es als das Hauptziel der englischen Regierungspolitik bezeichnet, der englischen Industrie und dem Handel den Weg freizumachen, damit jene ihre alte Stellung wiedergewinnen, die einst England den Neid und die Bewunderung der ganzen Welt eingetragen haben.

Aufruf an die Gebildeten deutschen Blutes

von einem höheren bayerischen Beamten

Als im November 1918 der verbrecherische Todesstoß gegen deutschen Geist und deutsche Kraft geführt wurde, da standet Ihr mutlos und ratlos dem unerhörten Geschehen gegenüber. Jahrzehnte lang hattet Ihr untätig und gleichgültig zugesehen, wie seit Bismarcks Abgang die Flut undeutscher Bewegungen das Staatsgefüge lockerte, den Willen und die Entschlossenheit der Regierungen lähmte, die Parlamente verseuchte, unser Geistesleben zersetzte, unsere Wissenschaft, unsere Kunst und unsere Presse mit ihrem tödlichen Gifte durchdrang. Als eine von Gott gewollte Einrichtung hattet Ihr die Kluft betrachtet, die im deutschen Volke durch die Spaltung in eine sog. gebildete und eine ungebildete Schicht aufgerissen wurde, führerlos hattet Ihr die Massen dem Einflusse des fremd-völkischen Geistes überlassen. Ja, ein Teil von Euch hatte ihn selbst gefördert und verbreitet, hatte eine des Glaubens und der Ideale bare Weltanschauung, den öden, geistesleeren Materialismus als Errungenschaft neuzeitlicher Entwicklung angepriesen oder sich in die verschwommene Stimmungsseligkeit jenes kraftlosen Ästhetentums verfangen, mit dem Euch seit Heines Tagen ein entdeutschtes Schriftwesen einzulullen versuchte.

Und als nun das Schreckliche geschah, als irregeleitete Menschen vom jüdischen Geiste geführt und verführt unser Heer zerbrachen, Land und Volk in Schande und Elend stürzten, bespien, was uns heilig war, und einen Mensch unfähiger, kleiner und selbstsüchtiger Geschöpfe ans Ruder brachten, da hattet Ihr nicht mehr die Einsicht, daß nunmehr der letzte Kampf beginne zwischen den Gewalten des Himmels und der Hölle, und nicht mehr die Kraft und den Willen, in diesem Streit der Ober- und der Unterwelt entschieden Stellung zu nehmen. Wohl murrtet Ihr und ballet die Faust im Sacke, als Ihr sahet, wie Euer Wohlstand vernichtet wurde, wie eine Talmikultur die Reste guten deutschen Wesens hinwegzuräumen begann — aber habt Ihr Widerstand geleistet, Euch entschlossen und einig entgegengestemmt, selbst die Führung ergriffen in dem großen Ringen? Nein — Ihr habt die Zeichen der Zeit nicht erkannt oder nicht erkennen wollen, habt Euch nicht herausgerissen aus Euerer trägen Bequemlichkeit, aus Euerer kühlen Sachlichkeit, aus Euerer wissenschaftlichen Ruhe. Und manche von Euch sind mit fliegenden Fahnen ins Lager der Nichtdeutschen hinübergezogen, dort Ehre, Einfluß und schnöden Reichtum suchend.

Und wieder läßt das Volk den Ruf an Euch ergehen — den letzten vielleicht: „Sucht den rechten Platz im Streite der Geister!" Eine gewaltige Bewegung ringt sich empor, sammelt und einigt, was deutsch ist, dringt an gegen den Feind, kämpft um Gesundung von Staat und Volk. Nicht Ihr habt sie hervorgerufen und geleitet, Ihr Gebildeten, die Ihr Euch einst rühmtet, Führer des Volkes zu sein. Einfache Männer sind an die Spitze getreten: geschmäht, verlästert und verfolgt, angewiesen auf die eigene Kraft, nur begabt mit dem Glauben, der Berge versetzt, und mit dem Willen, der Wunder wirkt. Noch wäre es jetzt Zeit für Euch, Euch zu besinnen auf Euere Pflichten gegen Euer Deutschtum, Euch hineinzuwerfen in den großen Strom, Euer Wissen und Können einzusetzen für die Sache Eueres Volkes.

Aber wo bleibt Ihr — Ihr Gebildeten? Mißgünstig, nörgelnd und mürrisch steht Ihr abseits, übt Euere Urteilskraft, um die Mängel der neuen Bewegung zu ergründen, hängt Euch zäh und eifrig an jedem kleinen Fehler ein, um über Auswüchse zu zetern und Euer schlappes Fernbleiben zu beschönigen! Freilich, fein und vornehm geht es nicht zu, wo Welten aufeinanderprallen! Und mit hoher Geistigkeit, mit akademischer Kühle und mit zergliedernder Betrachtung allein räumt man nicht turmhohe Hindernisse hinweg. Da müssen die Männer an die Front, die Schwert, Axt und Speer zu gebrauchen verstehen, und wo das Eisen klingt, da fallen nicht nur Späne, da splittert und wettert es über und neben uns.

Betrübendes und Beschämendes erlebt man, wenn man sog. gebildete Kreise von der völkischen Bewegung sprechen hört. Dem einen paßt dieser, dem anderen jener Programmpunkt nicht, gleich, als hinge an jedem einzelnen Satze das zeitliche und das ewige Heil. Die Fähigkeit, das Wesentliche zu sehen, dieses erste und wichtigste Erfordernis wahrer Bildung, scheint vielen ganz abhanden gekommen zu sein. Manche wiederum stoßen sich an den Personen: sie wollen nicht herabsteigen von ihrer Höhe, wollen nicht mit jedermann an einem Tische sitzen und glauben, die längst verlorene Herrenstellung gewisser Kreise durch Zurückhaltung wahren zu können. Andere sind angewidert von der Fäulnis des öffentlichen Lebens und haben grollend jede Tätigkeit als aussichtslos aufgegeben. Ein großer Teil wartet auf den Anstoß von oben und will nur da zugreifen, wo die Behörden ihre Billigung erklärt haben.

Allen diesen Zweiflern und Kleinmütigen möchte ich zurufen: Seht Ihr denn nicht, daß um Euere eigene Sache gekämpft wird? Meint Ihr, deutsche Bildung werde bestehen bleiben, wenn die Grundlagen deutschen Volkstums abgegraben sind? Wenn Euch die Welle neuen Lebens nicht gut genug ist, die jetzt Gott aus dem Volke selbst heraus hat emporschlagen lassen, meint Ihr etwa, er werde Euch dann eines Tages etwas Vollkommenes vom Himmel fallen lassen, das Euere zarten Herzen beruhigt ergreifen können? Oder soll die Gesundung von selbst kommen, ohne daß Ihr Euch anzustrengen braucht? Werden Parlamente und Behörden sie herbeiführen? Und wenn Ihr es im Dünkel humanistischer Voreingenommenheit verschmäht, den Männern des Volks die Hand zu reichen, die in tiefer innerer und äußerer Not nach Rat und Hilfe ausschauen, glaubt Ihr denn, dieses von Euch im Stiche gelassene Volk werde Euch später noch als seine geistige Spitze anerkennen?

Niemand mutet Euch zu, jeden Gedanken der neuen völkischen Bewegung unbesehen anzunehmen, niemand verwehrt Euch das Recht, zu prüfen und das Euerem Wissen und Gewissen Beste vorzuschlagen. Aber so kommt doch zu uns, Ihr hohen Beamten, Ihr Gelehrte, Künstler und Geistliche, Ihr Ärzte und Schulmänner! Tadelt nicht nur, sondern zeigt uns, wie es besser gemacht werden kann! Helft mit Euerer überlegenen Einsicht, daß Irrtümer ausgeschaltet werden, daß der junge, stürmisch dahinbrausende Strom in das rechte Bett geleitet wird! Wenn Ihr glaubt, daß die urwüchsige Kraft hier und dort den Weg verfehle, wollt Ihr sie dann nicht lieber zurechtweisen, statt mit erhabenem Lächeln über ihre angebliche Unreife tatlos zu Gericht zu sitzen? Also kommt zu uns mit Rat und Tat!

Euere Philosophen haben Euch seit Kant gelehrt, daß der Wille die Welt bildet und durchwaltet, nicht der Verstand. In der Religionsstunde hat man Euch gesagt, daß der gute Wille höher sei denn alle Vernunft. Und des Christentums tiefster Sinn ist doch in der Tat, daß die Welt nicht erlöst wird durch die Alltagsweisheit derer, die nach den Gütern dieser Erde schielen, sondern durch die Opfertat des freien, nur in Gott gebundenen Willens. Wann wollt Ihr endlich Ernst machen mit dieser Erkenntnis, die Euch doch so mühelos einzugehen scheint, die Ihr auf der Kanzel, auf dem Lehrpult und im Vortragsraum selbst zu predigen pflegt? Soll sie mehr sein als eine schöne Redensart, so kommt zu Euerem Volke, opfert ein Stück Euerer Vornehmheit, Euerer gemäßigten Zurückhaltung, denkt, daß einst die Seelen Eueres Volkes von Euch gefordert werden, wenn Ihr sie weiter zerfressen laßt vom Geiste der Börse und des politischen und geschäftlichen Schiebertums!

Ein neues Deutschland will sich in schweren Geburtswehen ans Licht emporringen, hart und bitter ernst sind die Tage seines Werdens. Glaubt nicht, daß Ihr in solcher Zeit noch allem und jedem in nüchterner Sach-

lichkeit gerecht werden, an Kleinigkeiten mäkeln und Mücken seihen dürft! Die Stunde ist da, sorgt, dafür, daß sie Euch an der rechten dafür, da ßsie Euch an der rechten Stelle auf der Seite Euerer deutschen Brüder finde!

Lloyd George über die Freundschaft der Alliierten

tu. London, 26. Juli. **Lloyd George ging in seiner Bristoler Rede auch auf** das Zusammenwirken der Verbündeten im Kriege ein und sagte, wenn die in Feuer und Leiden geschmiedete Kameradschaft in die Brüche gebe, so würde das eine Katastrophe bedeuten. Er sei froh, daß England das seine getan habe, um einen Bruch unmöglich zu machen. Wenn Frankreich, England, Italien und Belgien in Frieden zusammenarbeiten, so würde das für die Welt viel bedeuten und eine Bürgschaft dafür bieten, daß die während des Krieges aufgewendeten Opfer, die allen teuer zu stehen kamen, nicht nutzlos gewesen sind. Dieser Gedanke müsse den Völkern einen Ansporn geben, in gemeinsamem Wirken ein Reich des Friedens und des guten Willens unter den Völkern zu errichten.

Das Gold der Welt

tu. London, 26. Juli. Sir William Hicks, der Unterstaatssekretär des Finanzamts, erwiderte im Unterhaus auf eine Anfrage, daß die Vereinigten Staaten (d. h. die Juden) 45 Prozent von dem Goldbestande der gesamten Welt in ihrem Besitze hätten.

Die Börsenhyänen

tu. London, 26. Juli. Die „Times“ beschäftigen sich heute ausführlich mit dem sensationellen Vorgehen an der Londoner Börse, die zu dem neuen Tiefstand der Mark geführt habe. Das Blatt teilt mit, daß gestern die Mark lieferbar in drei Monaten, also per ultimo Oktober mit 6 Millionen Mark für das Pfund, lieferbar per ultimo September mit 5,2 Millionen und lieferbar ultimo August mit 4 Millionen Mark verkauft worden ist.

Londoner Bankiers erklären, daß diese Markverkäufe von kleinen hiesigen Maklern im Auftrage Amsterdamer Agenten deutscher Kohlenimporteure vorgenommen worden sind, um, koste es was es wolle, sich jetzt bereits mit Pfunden einzudecken, die zur Bezahlung der im Herbst erforderlichen Kohleneinfuhr aus England dienen sollen.

Auch Ungarn soll versklavt werden

tu. London, 26. Juli. Im Anschluß an Erklärungen Lord Cursons imOberhaus zur ungarischen Frage sprach der frühere Außenminister Lord Grey aus, jetzt sei der Augenblick gekommen, wo, nachdem der Völkerbund die österreichische Frage glücklich gelöst habe, auch die ungarische in Angriff genommen werden müsse.

Verhaftung eines Deutschen in Paris

tu. Paris, 26. Juli. Wie die Pariser Blätter melden, wurde gestern früh ein Deutscher, namens Otti Schwiederstein, in einem an den Boulevards gelegenen Hotel von der Polizei festgenommen. Es wird ihm zur Last gelegt, aus Deutschland über 2 Millionen Francs Gemeindegutscheine (?) eingeschmuggelt zu haben. Diese Scheine wurden bei einer Durchsuchung im Hotel aus zwei unter dem Bett versteckten Handtaschen zutage gefördert. Der Polizei gegenüber lehnte Schwiederstein es ab, sich über die Herkunft der Bons auszulassen. Man vermutet, daß sie in Deutschland hergestellt wurden. Schwiederstein hatte zwei französische Helfershelfer, die bereits vor einigen Tagen von der Polizei verhaftet worden waren.

Das neue russische Wappen

Reval, 24. Juli.

Der Wzik soll sich für folgende Fahne und Wappen entschieden haben: Roter Tuchgrund mit dem Wappen darauf. Das Wappen: Sichel und Hammer in einem Kreis, der den Erdball vorstellen soll. Die Fahne der neuen Föderativen Sowjetrepublik trägt in sechs Sprachen die Aufschrift: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ Das weltrevolutionäre Symbol ist wohl deutlich genug, auch für den Schwachsinnigsten!

Zur Beilegung der belgisch-tschechischen Zolldifferenzen

tu. Prag, 24. Juli. Der tschechisch-belgische Zollkrieg, der in diesen Tagen durch das persönliche Eingreifen des Ministers Dr. Benesch in Brüssel eingestellt wurde, soll durch neue Verhandlungen, die am 1. August aufgenommen werden, vollkommen beseitigt werden. Eine tschechoslowakische Abordnung begibt sich nach Brüssel.

„Deutsches“ Reich

Die kommunistischen Putschversuche

tu. Dresden, 26. Juli. Als Fortsetzung der blutigen Unruhen in Breslau und Frankfurt wollten die hiesigen radikalen Erwerbslosen große Krawalle in Stadt und Land anzetteln. Der Dresdener Polizei ist es gelungen, ihre Pläne rechtzeitig aufzudecken. Es sollten Stoßtrupps gebildet werden zum gleichzeitigen Vorgehen gegen Geschäftshäuser und Gasthäuser in dem Stadtbezirk und gegen Güter auf dem Lande.

Tschela-Spitzel

tu. Gernrode, 26. Juli. Seit Mittwoch ist eine Reihe von Kriminalpolizisten damit beschäftigt, die seit der Verhaftung des Ehepaares von dem Busche-Lobe polizeilich geschlossene Wohnung aufs gründlichste zu durchsuchen, da man noch mit weiteren interessanten Funden rechnet, die Aufschluß über die Tätigkeit der Anhänger Ehrhardts geben könnten. Besonders sollen auch Herren aus dem besetzten Rheinland bei von dem Busche erschienen sein, wobei es sich angeblich um verabredete Zusammenkünfte von Ehrhardtanhängern gehandelt habe. Über die weiteren Ermittlungen in Gernrode wird im Interesse der Untersuchung Stillschweigen bewahrt.

Neudeutsche Zustände

tu. Berlin, 26. Juli. Die „Kreuzzeitung“ veröffentlicht mit der Überschrift: „Die Reichsbahndirektion im Dienst der Kommunisten“ folgende Mitteilung der Reichsbahndirektion: „Mit Rücksicht auf die für Sonntag, den 29. Juli, geplant gewesenen Veranstaltungen hatte die Reichsbahndirektion eine Verstärkung der Zugsfolge vorgesehen. Nachdem inzwischen der Erlaß des preußischen Ministers des Innern an die Oberpräsidenten ergangen ist, wird von einer Verstärkung der Zugsfolge Abstand genommen werden.“

Das Blatt erklärt dazu: Eine sofortige amtliche Aufklärung über dieses geradezu unglaubliche Verhalten der Reichsbahndirektion halten wir für unbedingt erforderlich.

Eine überflüssige Antwort

tu. Berlin, 26. Juli. Das Deutsche Friedenskartell hatte „angesichts der täglich wachsenden Gefahr faszistischer und reaktionärer Putschversuche“ an den Reichswehrminister das dringende Ersuchen gerichtet, eine Entspannung der Lage dadurch herbeizuführen, daß von den berufenen Vertretern der Reichswehr ohne jeden Vorbehalt das Versprechen gegeben werde, den Staat gegen innere Unruhen unter allen Umständen zu schützen, und daß die Dienstentlassung derjenigen erfolgt, die offen und geheim schon jetzt gegen diesen Staat auftreten.

Darauf ist dem Friedenskartell eine Antwort des Reichswehrministers zugegangen, in der es heißt: Die Reichsregierung wird jeden Versuch, ihre Absichten und Anordnungen auf verfassungswidrige oder ungesetzliche Weise zu durchkreuzen, rücksichtslos unter Anwendung aller Machtmittel niederschlagen, von welcher Seite ein solcher Versuch auch kommen möge. Daß der Reichsregierung in jeder Lage die Wehrmacht als unbedingt zuverlässiges Machtmittel zur Verfügung stehen wird, dafür verbürge ich mich.

Wer sich verteidigt . . .

tu. Berlin, 26. Juli. Das Reichsjustizministerium veröffentlicht eine längere Erklärung als Erwiderung auf die Veröffentlichungen der sächsischen Nachrichtenstelle zum Fall Ehrhardt. Darin wird festgestellt, daß die Reichsregierung sich in gewissenhafter Achtung der Gesetze jeglichen Eingriffs in das schwebende gerichtliche Verfahren gegen Ehrhardt enthalten hat. Es sei auch von keiner Seite der Versuch gemacht worden, durch persönliche Einwirkungen eine solche Einflußnahme der Regierung herbeizuführen.

Erkenntnis in der Schweiz

Das Buch von Henry Ford: „Der internationale Jude“ hatte auch in der Schweiz Eingang gefunden und wurde namentlich von den Bahnhofsbuchhandlungen stark vertrieben. Am 15. Juni forderte das „Israelitische Wochenblatt für die Schweiz“ die maßgebenden jüdischen Kreise auf, das Verbot des Verkaufs durchzusetzen. Am 23. Juni bereits untersagte die Schweizer Bundesbahn den Vertrieb des Werkes allen Bahnhofsbüchereien. Gegen pornographische Schriften wurde nicht eingeschritten.

Die Schweiz also, welche jahrzehntelang politischen Mördern anstandslos ein Asyl gewährte, schreitet gegen ein Buch der notwendigsten Aufklärung ein. Das Verbot hat aber schlafende Kräfte wachgerüttelt. Es hat sich ein Initiativausschuß gebildet, der Unterschriften sammelt. Dazu schreibt die „Zürchsee Zeitung“ (Nr. 165):

„Die S.B.B.-Verwaltung hat den Buchhändlern das Auslegen der Bücher des amerikanischen Großindustriellen Henry Ford untersagt. Gegen diese Verfügung will das Initiativbegehren protestieren, indem es ihre Aufhebung verlangt. Die Begründung dafür lautet u. a.: Die Ford-Bücher sind Schriften, die dem Volke objektive Aufklärung über die israelitische Machtentfaltung, speziell in materieller Hinsicht, sowie auch international-politisch, geben. Die in diesen Büchern geschilderten Tatsachen bieten dem Leser einen interessanten Einblick in die großzügige Organisation zur Wahrung der internationalen jüdischen Interessen und wie das Gebaren dieser „Internationale“ in jedem Lande sich immer mehr zur Sonderbildung eines jüdischen Staates im gastgebenden Staate auszubilden im Begriffe steht. Der Protest richtet sich gegen ein Verbot, das nicht den alten national-demokratischen Geist in sich trägt, dafür aber deutlich fremden Druck und internationalen Einfluß erkennen läßt. Es ist dies um so peinlicher, als sich das Verbot nicht gegen die vielen bekannten, teils moralisch antastbaren, teils gegen den Staat sich richtenden oder seine Funktionäre verhöhnenden Schriften und gegen die jugendverderbende Schundliteratur wendet. „Gegen diese Schriften“, sagt das Begehren, „hat die S.B.B.-Verwaltung keine einschränkenden Verfügungen erlassen. Jeder ernsthafte Schweizer Bürger und Christ muß sich gegen die überhandnehmende Verkörperung jüdischer Interessen in seinem Vaterlande empören und verlangen, daß nicht die Interessen unserer fremden internationalen Gäste, sondern mehr vaterländisch-nationale Gesinnung unseren schweizerischen Organen die Richtlinien für derartige Erlasse geben.“

Dem Begehren ist die Unterstützung weitester Kreise zu wünschen. Das Verbot der S.B.B. berührt höchst eigentümlich und muß alle Schweizer zum Aufsehen mahnen, die nicht wollen, daß es bei uns komme wie in Deutschland und anderwärts, wo hinter der scheinbaren Macht eine andere Macht steckt. Eine Macht, die noch Erheblicheres fertig brachte als solche Bücherverbote: Sowjet-Rußland, Sowjet-Ungarn, Sowjet-München!“

Diesen Ausführungen können wir uns nur anschließen. Traurig genug aber, daß die Schweizer im eigenen Land um Unterschriften betteln müssen, um jüdische Anmaßung zurückzuweisen. Und es bleibt noch zweifelhaft, ob es gelingt.

Die völkische Bewegung in Holland

Während im „Daitschen Reich“ allenthalben die völkische Bewegung verfolgt und verleumdet wird, hat vor einigen Wochen in Holland der „erste Stammtag“ des allgemeinen niederländischen Verbandes stattgefunden unter Teilnahme von vier holländischen Ministern. Dabei betonte der Unterrichtsminister in seiner mit stürmischem Beifall aufgenommenen Rede, noch nie sei es nötiger gewesen, daß sich alle Angehörigen des niederdeutschen Stammes zusammenfänden zu gemeinsamer Kulturarbeit. Sie gehörten, nicht im politischen, aber im kulturellen Sinn, zusammen, wo immer die Niederdeutschen wohnten, in den Ländern Europas, in Afrika, Asien, Amerika. Die völkische, die christliche Kultur sei bedroht, sie gelte es gegen innere und äußere Feinde zu verteidigen. Holland sei die Aufgabe zugefallen, für diesen sittlichen Kampf Mittelpunkt zu werden. Die belgische Regierung vernahm die Botschaft mit Mißbehagen, erhob Vorstellungen, erhielt aber, wie man sich erzählt, eine so deutliche Antwort, daß sie bald danach „über die völkische Frage der Genter Hochschule“ stürzte. Ob wohl jemals seit Steins und Bismarcks Tagen ein deutscher Minister den Mut gehabt hat, so für die nationale, völkisch-deutsche Sache einzutreten?

Die Stimmung in Italien

(Wegen Raummangels zurückgestellt gewesen.)

Zur Ruhrfrage äußert sich nochmals „Stampa“, indem sie die Ansichten des englischen Arbeiterführers Ben Tillett wiedergibt, daß Frankreich bei der Behandlung der Bevölkerung des besetzten Gebietes unglaubliche Mißgriffe begehe und ein Krieg unvermeidlich sei, wenn die französischen Truppen nicht in kurzer Zeit zurückgezogen würden. In diesem Falle wäre es besser gewesen, Deutschland hätte über Frankreich im Kriege gesiegt. „Stampa“ bringt diese Worte jetzt gedruckt ohne Kommentar. Im übrigen halten die meisten italienischen Blätter gemäß dem Vorschlage Mussolinis eine internationale Lösung der ganzen Angelegenheit für den einzigen Ausweg. „Popolo d'Italia“ druckt einen längeren Aufsatz der „Ere Nouvell“ über den Fascismus und Mussolinis Politik ab. In diesem wurde besonders auf die serben- und franzosenfeindliche Rede des italienischen Ministerpräsidenten in Venedig eingegangen. Es heißt ferner, Italien hätte, um Frankreichs Erfolg zu verhindern, in Berlin einen Druck ausgeübt, um neue deutsche Vorschläge zu veranlassen. Das Blatt meint, nachdem Mussolini den Zeitungsstreik zwischen Foch und Cadorna durch sein Machtwort zum Schweigen gebracht habe, könne er auch den Tadel der italienischen Presse an der französischen Ruhrpolitik unterbinden. Offenbar läge eine solche Maßnahme aber nicht in seiner Absicht, was auch aus der Stützung Bulgariens gegen das mit Frankreich verbündete Südslawien hervorgehe. Die italienische Außenpolitik sei schwankend und daher durchaus ungünstig für Frankreich. Auch dieser Aufsatz wird ohne irgendwelche Bemerkungen wiedergegeben.

In der inneren Politik sind die bedeutsamsten Ereignisse der letzten Tage der Rücktritt Don Sturzos von der Leitung der Popolar-Partei und die große Kammerrede Mussolinis mit der darauffolgenden Vertrauenskundgebung für ihn. Da der Vatikan sich der von der fascistischen Regierung in Anlehnung an England vertretenen politischen Linie nähert, wird die Vermutung, der Rücktritt Sturzos sei auf höhere geistliche Stellen zurückzuführen, zutreffen. Er wurde einstweilen durch einen 5-Männer-Ausschuß ersetzt. „Secolo“ versichert, Sturzos Rücktritt werde an der Politik der Popolaren nichts ändern. „Messaggero“ äußert sich günstig über die bisherige Tätigkeit des Führers der Klerikalen. „Giornale di Roma“ dagegen bezeichnet diese nur als einen Abschnitt, welcher ein Vorbereitungsstadium für die weitere Entwicklung der italienischen Politik in fascistischem Sinne sei. Und „Nuovo Paese“ hofft nunmehr auf ein Zusammengehen von Fascisten und Popolaren.

Die große Rede Mussolinis in der Kammer wird natürlich in der ganzen Presse lebhaft besprochen. Der Ministerpräsident machte dort den Popolaren den Vorwurf der Unzuverlässigkeit und erklärte ihre Mitarbeit an der Regierung für nicht wünschens-

---

109

Oliver Twist

Roman von Charles Dickens

„Sie dürfen es“, versetzte das Mädchen ernst.

„Ich wiederhole, daß ich Ihnen vollkommen vertraue. Um Ihnen dies zu beweisen, sage ich Ihnen ohne Rückhalt, daß wir entschlossen sind, dieses Geheimnis, worin es nun immer bestehen mag, dem Manne, den Sie Monks nennen, dadurch abzudrängen, daß wir ihn in Furcht setzen. Aber wenn — wenn —“ fuhr der Herr fort — „wenn man sich seiner nicht versichern, oder das, was wir bedürfen, nicht von ihm herausbringen kann, so müssen Sie uns den Juden ausliefern.“

„Fagin?“ rief das Mädchen zurückfahrend.

„Dieser Mann muß uns in die Hände geliefert werden“, sagte der Herr.

„Ich tue dies nicht — werde es nie tun!“ erwiderte das Mädchen. „Er ist ein Teufel, und mir sogar mehr als ein Teufel gewesen; aber ich werde dies nimmermehr tun.“

„Sie wollen nicht?“ sagte der Herr, der auf eine solche Erwiderung vorbereitet zu sein schien.

„Nie!“ antwortete das Mädchen.

„Und warum nicht?“

„Aus einem einzigen Grunde,“ versetzte Nancy mit Festigkeit — „aus einem Grunde, welchen das Fräulein kennt, weshalb sie mir auch in der Sache, wie ich gewiß weiß, beistehen wird, da ich ihr Versprechen habe. Mag er immerhin ein schlechtes Leben geführt haben — das meinige ist auch kein gutes gewesen. Es gibt viele unter uns, die denselben Weg gewandelt sind, und ich will keinen von denen verraten, die mich hätten verraten können, aber es doch trotz ihrer Verworfenheit getan haben.“

„Dann —“ erwiderte der Herr rasch, als wäre dieses das Hauptziel, nach welchem er trachtete — „dann schaffen Sie uns diesen Monks zu Handen und überlassen Sie ihn meinem Gutdünken.“

„Wenn er aber die anderen verrät?“

„Ich verspreche Ihnen für diesen Fall, daß man die Sache beruhen läßt, sobald man ihm die Wahrheit abgerungen hat. Es muß in Olivers kleiner Geschichte Verhältnisse geben, die sich nicht wohl vor die Öffentlichkeit ziehen lassen, und haben wir nur erst die Wahrheit herausgebracht, so werden wir auf keine Bestrafung dringen.“

„Wenn Sie aber nichts bei ihm erholen können?“ sprach das Mädchen.

„Jedenfalls“, fuhr der Herr fort, „soll der Jude nicht ohne Ihre Einwilligung vor Gericht gestellt werden; ich hoffe jedoch, diese zu erringen, da ich Ihnen Gründe angeben kann, gegen die Sie nichts einzuwenden haben werden.“

„Habe ich hierfür das Versprechen der Dame?“ fragte das Mädchen.

„Ja,“ entgegnete Rosa, „ich verbürge es Ihnen mit meinem Worte.“

„Monks soll nie erfahren, woher Sie Kunde erhielten?“ sagte das Mädchen nach einer kurzen Pause.

„Nie!“ versetzte der Herr. „Wir wollen in einer Weise an ihn kommen, daß ihm auch nicht die mindeste Vermutung davon möglich wird.“

„Ich bin eine Lügnerin gewesen, und habe von Kindheit an unter Lügnern gelebt“, entgegnete das Mädchen nach einem abermaligen kurzen Schweigen; „aber ich will auf Ihr Wort bauen.“

Beide versicherten ihr, daß sie dies ohne alles Gefährde tun könne, worauf sie mit so leiser Stimme, daß es dem Horcher oft schwer wurde, ihre Worte zu verstehen, den Namen und die Lage des Wirtshauses, von wo aus ihr in dieser Nacht der Späher gefolgt war, zu beschreiben begann. Aus der Art, wie sie hin und wieder innehielt, schien zu erhellen, als ob sich der Herr einiges aus ihrer Mitteilung aufzeichne. Als sie die Lokalitäten genau erörtert, die Stelle, von wo aus das Haus, ohne Aufmerksamkeit zu erregen, am besten beobachtet werden könne, angedeutet, und die Stunde, zu der Monks in demselben einzusprechen pflegte, namhaft gemacht hatte, schien sie einige Augenblicke nachzusinnen, um sich das Gesicht und das übrige Äußere des Mannes um so lebhafter ins Gedächtnis zu rufen.

„Er ist groß und kräftig gebaut,“ sagte Nancy, „aber nicht stark, und hat einen unstäten Gang, bei dem er beständig bald über die eine, bald über die andere Achsel nach der Seite sieht. Merken Sie sich dies wohl, denn seine Augen liegen um so viel tiefer als bei anderen Leuten, daß Sie ihn fast an diesem einzigen Merkmal schon erkennen werden. Sein Gesicht ist dunkel, wie seine Haare und seine Augen, dabei aber verfallen und mager, obgleich er nicht mehr als sechs oder achtundzwanzig Jahre zählen kann. Seine Lippen sind oft mißfarbig und durch Bisse entstellt, denn er hat hin und wieder schreckliche Anfälle, in denen er sich sogar in die Hände beißt und sich selbst mit Wunden bedeckt — warum erschraken Sie?“ unterbrach sich das Mädchen, plötzlich innehaltend.

Der Herr erwiderte hastig, daß er sich dessen nicht bewußt sei, und bat sie, fortzufahren.

„Einen Teil von diesen Angaben“, sprach das Mädchen weiter, „erfuhr ich von den Leuten in dem genannten Wirtshause, denn ich sah ihn nur zweimal, und dann war er stets in einen großen Mantel gehüllt. Ich glaube, dies ist alles, was ich Ihnen von ihm sagen kann. Doch halt,“ fügte sie bei, „an seinem Halse, so hoch, daß man einen Teil davon noch über seinem Halstuch sehen kann, wenn er das Gesicht abwendet, befindet sich — —“

„Ein breites, rotes Mal, wie ein Brandfleck?“ rief der Herr.

„Wie — Sie kennen ihn?“ erwiderte das Mädchen.

Der jungen Dame entfuhr ein Ausruf der höchsten Überraschung, und einige Augenblicke herrschte eine so tiefe Stille, daß der Kundschafter sie ganz deutlich atmen hören konnte.

„Ich glaube so,“ unterbrach der Herr das Schweigen, „wenigstens Ihrer Beschreibung nach. Doch wir werden sehen. Es gibt Leute, die sich auffallend ähnlich sind — vielleicht ist's doch nicht der nämliche.“

Als er dies mit einer scheinbaren Gleichgültigkeit sprach, trat er dem verborgenen Horcher um einige Schritte näher, wie der Letztere aus der Deutlichkeit entnehmen zu können glaubte, womit er ihn die Worte: „er muß es sein,“ flüstern hörte. Dem Ton der Stimme nach kehrte dann der Herr wieder zu den beiden zurück und fuhr fort:

„Nun, Sie haben uns einen höchst wesentlichen Beistand geleistet, junges Frauenzimmer, und ich möchte Ihnen dafür erkenntlich sein. Was kann ich für Sie tun?“

„Nichts!“ entgegnete Nancy.

„Bedenken Sie sich eines andern“, erwiderte der Herr mit einem Ausdruck von Güte in seiner Stimme, der sogar ein weit verhärteteres Herz hätte rühren können. „Besinnen Sie sich und reden Sie dann.“

„Ich bedarf nichts, Sir“, versetzte das Mädchen weinend. „Sie können mir nicht helfen, denn wahrlich, bei mir ist alle Hoffnung vorüber.“

„Sie stecken ihr selbst zu enge Grenzen“, sagte der Herr. „Die Vergangenheit ist für Sie eine traurige Vergeudung Ihrer Jugendkräfte gewesen, und solche wertvolle Schätze beschert der Schöpfer nur einmal und nie wieder; setzen Sie aber Ihre Hoffnung auf die Zukunft. Ich sage nicht, daß es in unserer Macht steht, Ihnen den Frieden der Seele wieder zu geben, da Sie ihn nur finden können, wenn Sie ihn suchen. Es übersteigt jedoch nicht nur nicht unsere Mittel, Ihnen eine ruhige Freistätte entweder in England oder, wenn Sie sich dazubleiben scheuen, im Ausland zu verschaffen, sondern es ist auch unser angelegentlichster Wunsch, Sie in Sicherheit zu bringen. Noch ehe der Morgen graut und dieser Strom die ersten Strahlen des Tages auffängt, sollen Sie sich außer dem Bereich ihrer Verbündeten befinden, und so wenige Spuren hinter sich zurücklassen, als ob Sie plötzlich von der Erde verschwunden wären. Kommen Sie.

(Fortsetzung folgt.)

wert, doch wird allgemein angenommen, er habe damit nur ihr Ehrgefühl wecken wollen. Weiter betonte der Ministerpräsident seinen Willen, mit den Arbeitermassen zusammenzuarbeiten, allerdings machte er geltend, daß es nicht möglich sei, einen Staat allein von den Arbeitern regieren zu lassen, wie der Versuch in Rußland gezeigt habe. Eine unbedingte Freiheit gebe es nirgends, Streiks müßten unbedingt bekämpft werden, man solle aber auch bedenken, daß seine Bemühungen und Beschaffung von Arbeitsgelegenheiten erfolgreich gewesen seien und das sei bei der wirtschaftlichen Not die Hauptsache. Zum Schluß sprach Mussolini eine Drohung aus, indem er sagte, von der Entscheidung der Kammer in der Frage des Vertrauens für ihn und für den Wahlvorschlag der Fascisten werde das Fortbestehen der Kammer abhängen. Das Vertrauen wurde Mussolini mit einer Mehrheit von etwa 200 Stimmen ausgesprochen. Darauf wurde der Eintritt in die Beratung der Ausführung des Wahlvorschlages genehmigt. Hierzu führte der Fascist Orano aus, Mussolini sei weder Demokrat noch Sozialist, **weil die demokratische und sozialistische Weltanschauung längst vollständig überwunden sei,** und der Abgeordnete Acerbo verteidigte in längeren Ausführungen den fascistischen Wahlvorschlag. Gleichwohl spricht sich „Secolo“ noch einmal für die Bildung eines Koalitionskabinetts statt einer Parteiregierung aus, da ein solches allein ein freies Gleichgewicht der Meinungen ermögliche. Für die Presse sind Zensurmaßnahmen vorgesehen, welche „Popolo d'Italia“ durch den Hinweis auf die während des Krieges und auch später unter den Ministern Nitti und Bonomi ausgeübte Zensur zu rechtfertigen sucht. Es sei notwendig, eine Verantwortlichkeit der Presse zu schaffen, damit der gute Name Italiens nicht durch gehässige Streitigkeiten der Parteien sein Ansehen im Auslande verliere.

In Rom fand kürzlich eine Sitzung des großen Fascistenrates statt, in welcher die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder der Partei auf 813 000 angegeben wurde. Unter ihnen sind mehrere tausend Ausland-Italiener. Ferner befaßte sich der Große Rat eingehend mit Wirtschaftsfragen.

In Bologna hielten die Freimaurer eine Versammlung ab, deren Tagesordnung „Fiamma Nera“ angeblich im Wortlaut veröffentlicht. Danach wäre der schärfste Kampf gegen die fascistische Regierung beschlossen worden. Das Blatt der Arditi macht sich teils lustig über das Treiben der Freimaurer, teils droht es mit stärksten Gegenmaßnahmen, falls es ihnen einfallen sollte, den fascistischen Marsch auf Rom nachzuahmen. Es sei Verleumdung zu behaupten, der Fascismus habe den Höhepunkt seiner Macht bereits überschritten. „Fiamma Nera“ veröffentlicht die Namen der leitenden Teilnehmer an dieser Freimaurerzusammenkunft.

Bemerkt sei noch, daß der französische Nationalfeiertag am 14. Juli sowohl in Rom, als auch in Genua, Mailand und anderen Orten durch italienisch-französische Gedenkfeiern mit hochtrabenden Reden begangen wurde.

Offener Brief an den „Vorwärts“

Elberfeld, 17. Juli.

Die sozialistische Presse bringt in letzter Zeit in auffälliger Übereinstimmung Schmähartikel gegen Schlageter. Der Kernpunkt dieser widerlichen Totenschändung ist die Verleumdung Schlageters als Hochverräter und polnischer Spitzel, der den Polen wichtige Papiere übergeben habe, um sich zu bereichern. Die Pamphlete sind zurückzuführen auf den „Vorwärts“, aus diesem von der übrigen Presse übernommen. Trotz mehrerer Berichtigungen hat der „Vorwärts“ nicht der journalistischen Anstandspflicht genügt und die Beschuldigungen widerrufen. Vielmehr wurde die Schändung eines dem deutschen Volke teuren Toten weitergetrieben. Als langjähriger Führer und Kamerad Schlageters bin ich genau über dessen Tätigkeit in Danzig unterrichtet und kann durch Zeugen und schriftliche Unterlagen das Gegenteil dessen beweisen, was der „Vorwärts“ ausstreut. Schlageter hat sich stets voll und ganz für sein Vaterland eingesetzt. Im Januar 1922 brachte die „Gazeta Gdanska“ in Danzig eine Warnung vor „Panem Schlageterem“, an die polnischen Behörden, deren ausgedehnten Spionagedienst Schlageter lange genug an der Nase herumführte. Der Gewährsmann des „Vorwärts“, der polnische Spitzel Vinzenz Tomczyk, und der polnische Konsul Przybischewski, sind lange Zeit seine Werkzeuge gewesen, ohne es zu ahnen. Den Nachweis dafür und für die einwandfreie und treudeutsche Arbeit Schlageters, des treuesten Dieners seines Vaterlandes, bin ich zu erbringen bereit.

Diese Tatsachen sind dem „Vorwärts“ bekannt gegeben worden. Er hetzt trotzdem aus durchsichtigen Gründen weiter. Meine Herren „Vorwärts“redakteure, Schlageters Tod, seine tapfere Vorkämpferschaft für das deutsche Volk, den deutschen Arbeiter besonders, sein todesmutiger Kampf gegen die Feinde aller Deutschen ohne Unterschied der Partei hat Widerhall gefunden in weiten Kreisen der Arbeiterschaft. Der Zweifel in die Verheißungen der Internationale hat neue Nahrung gefunden. Er macht sich Luft in Massenaustritten aus roten Parteien und Gewerkschaften, weil sich der deutsche Arbeiter nicht länger gängeln lassen will, von Leuten, die sich an seinen schwerverdienten Groschen mästen und seinen Rücken dazu mißbrauchen, sich auf ihm bequeme, erträgliche Stellungen und Posten zu bauen. Die Gewerkschaft ist das Versorgungsamt für Drohnen, die sich auf dem Rücken der gewerkschaftlich, geistig und sittlich wie auch wirtschaftlich versklavten Arbeiterschaft erhoben und den Betrogenen zum Vorspann der eigenen egoistischen Machtwünsche mißbrauchen. Schon schreitet man zur Sperrung „nationalsozialistisch verseuchter“ Betriebe, um die betrogenen Mitläufer der Gewerkschaften und roten Parteien zu isolieren von den gefürchteten Herden ehrlicher deutscher Aufklärung! Aller Schmutz gegen Schlageter wird geschleudert, weil man eine Sache zu fürchten hat, deren Werbekraft in der Reinheit der sittlichen und politischen Grundsätze liegt. Durch wissentlich gemeine Verleumdung arbeiten sie, die Verantwortlichen im „Vorwärts“, mit allen Nachschreibern und Söldlingen, an der Ausmerzung jeglicher Sittlichkeit im Empfinden und Denken des deutschen betrogenen Arbeiters.

Dem furchtbar betrogenen Volk muß die wahre Quelle der Peinigung verschleiert werden. Das Dogma der Internationale, jener Betrug Irrsinniger, gestattet nicht, den Feind offen als den Feind zu nennen, das ist erstens eine Sünde am roten Geist, zweitens ein taktischer Fehler, da die ganze rote Herrlichkeit auf den enormen, in jedem Haushalt fehlenden Beiträgen für die politische und wirtschaftliche Terrorisierung der Nation und der Liebedienerei und Handlangerstellung zu Frankreich steht, das durch dauernden Druck die Erhebung eines gesunden deutschen Geistes zu verhindern sucht. Schlageter fällt, Görges und andere stehen an den Toren des Todes, der „Vorwärts“ schleudert Gift und schreit nach Befreiung Fechenbachs? Warum? Weil der Fechenbach-Prozeß den Präzedenzfall für die Hochverratsprozedur darstellt, die der „Vorwärts“ erwartet, sobald der terroristische Druck der roten Gewalt vom Leben des Deutschen Reiches gewichen sein wird!

Wir schulden Schlageter Treue und Dankbarkeit! Darum treten wir für ihn ein als Deutsche und ehrliche Männer. Wären wir Dynamiteure und Mörder, die „Vorwärts“-Redakteure schrieben nicht lange dem deutschen Volke ihre Gemeinheit auf die notgestriemte Haut. Aber wir wollen dem „Vorwärts“ und den verantwortlichen Herren seiner Redaktion Gelegenheit geben, ihre Fälschungen und Verleumdungen zu beweisen. Der tote Schlageter klagt niemanden an, darum klage ich jene verleumderischen Burschen des Hochverrates und der Volksvergiftung öffentlich an, darum zeichne ich die Verantwortlichen des „Vorwärts“ öffentlich als Piraten der öffentlichen Meinung, als erbärmliche, ehrlose, verleumderische Burschen und werde die Schurkerei der Schändung des toten Schlageter so lange und nachdrücklich brandmarken, bis jene Gesellen sich bequemen, ihre Verleumdungen zu berichtigen, oder aber tolldreist genug sind, für sie vor einem Gericht den Wahrheitsbeweis anzutreten!

Hauenstein, gen. Heinz.

Minister Gröner als Zeuge für den Dolchstoß

In K. Fr. Nowaks Buch „Chaos“, als dessen Quellen unschwer neben anderen Graf Bernstorff, Max von Baden und General Gröner festgestellt werden können, lesen wir S. 187: „Zusammenfassend ist zu sagen, daß die militärische Lage sich weiter verschärft hat. Die Heimat müsse helfen, den Geist der Truppen zum Aushalten anzuspornen. Sie dürfe nicht, wie eben jetzt geschehe, kritisieren und polemisieren. **Wenn nicht schleuniger Wandel geschieht, richtet die Heimat das Heer zugrunde. Hört die Hetze gegen den Kaiser nicht auf, so ist das Schicksal des Heeres besiegelt, es läuft auseinander.** In der nach der Heimat zurückströmenden Soldateska bricht die Bestie hervor.“ Der Vortrag fand vor den Staatssekretären statt. Herr Erzberger war der einzige, der, im Augenblicke der Kieler Revolte, die Heimat gegen die Front verteidigte! Er hätte längst auf das Revolutionspferd gesetzt gehört. Hr. Scheidemann suchte nur weitere Einziehungen zur Front zu sabotieren. Das Verhängnis abzuwehren tat er nichts, wie sein Kollege übte er bewußten Verrat. Die Charakteristik, die Nowak S. 186 von dem jetzigen Oberbürgermeister gibt, enthüllt, dessen ganze Persönlichkeit: „Philipp Scheidemann hatte versichert, daß er selbst keine Revolution wolle. Er hatte Graf Bernstorff zuletzt versprochen, daß er alles, wenn der Kaiser abdanken werde, zur Vermeidung revolutionärer Bewegungen beizutragen gedenke... Nun schien es, als schwanke er. Unzweifelhaft war die Verantwortung groß... Vielleicht erfüllte sich, was Graf Bernstorff als des Kanzler Bestrebungen dargestellt hatte (die Abdankung des Kaisers) auch ohne sein Zutun... überdies kam alles vielleicht auch anders... **Vor der Verantwortung schützte er sich auf alle Fälle, wenn er Beruhigung zusagte. Ob dann Bolschewismus, Kaisersturz, Republik oder Regentschaft kam: ein Mann der Ordnung und der Vorsicht war er jedenfalls gewesen.** Der Staatssekretär versprach, alles zu tun, um bei seiner Partei „die Kaiserfrage“ zu vertagen.“

Letzte Nachrichten

Neues belgisches Schreckensurteil.

tu. **Aachen, 26. Juli. Das belgische Kriegsgericht verhandelte in der Berufungsinstanz gegen vier Deutsche, und zwar den Grafen Keller, Ludwig Schulze, Egon Ringenberg und Kurt Lorber, von denen die ersten drei wegen Sabotageversuchs zum Tode, Lorber zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt worden waren. In der Berufungsverhandlung lautete das Urteil gegen die drei ersten Angeklagten auf lebenslängliche Zwangsarbeit, gegen Lorber auf 20 Jahre Zwangsarbeit.**

Die belgische Antwort.

tu. **Paris**, 26. Juli. In der gestrigen Unterredung haben sich der französische Ministerpräsident und der belgische Gesandte über den französischen Entwurf unterhalten.

Die Morgenblätter glauben nunmehr übereinstimmend, daß Frankreich und Belgien getrennte Antworten nach London schicken werden. In beiden Schriftstücken werde man, laut „Petit Parisien“, in freundschaftlichen und versöhnlichen Eindrücken den Wunsch kundtun, sobald wie möglich eine allgemeine Verständigung zu erzielen. — Den belgischen Standpunkt faßt der Brüsseler Korrespondent des „Oeuvre“ noch einmal dahin zusammen:

1. Müßten Frankreich und Belgien Reparationen erhalten;

2. sollen die Truppen aus dem Ruhrgebiet so schnell wie möglich zurückgezogen werden, vorausgesetzt, daß Deutschland seine Schulden und die Zahlungsgarantien anerkennt, die an Stelle des französisch-belgischen Planes treten sollen. Weiterhin wünsche Belgien, daß die Kontrollsysteme der Einnahmequellen des Reiches schnell in Tätigkeit gesetzt würden.

Der Korrespondent fügt hinzu, daß die von dem Brüsseler Kabinett ins Auge gefaßten Garantien, die in dem belgischen Entwurf niedergelegt seien, ausführlich angegeben seien.

3. Trete Belgien für eine jährliche oder sonstwie zeitweise vorzunehmende Abschätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit ein, wenn sie von einem der Reparationskommission unterstehenden Sachverständigenausschuß vorgenommen werde, über die Zusammensetzung dieses Ausschusses sei sich das Brüsseler Kabinett noch nicht schlüssig.

Bolschewistische Weltanschauung.

tu. **Frankfurt, 26. Juli. In den gestrigen Morgenstunden sind in Wirtschaften der Stadt durch junge Burschen Zettel verteilt worden mit der Aufschrift: „Der erste Bluthund ist geschlachtet, die anderen folgen!“ Der Staatsanwaltschaft ist ein anonymes Schreiben zugegangen, in dem in frivoler Weise darauf hingewiesen wird, daß in Bälde noch drei weitere Staatsanwälte abgeschlachtet werden. Es sind drei Herren mit Namen genannt. In verschiedenen Stadtteilen waren gestern Plakate angeschlagen, in denen in der üblichen aufreizenden Form, trotz des inzwischen ergangenen Verbotes zu einer Kundgebung gegen den Fascismus aufgerufen wird. Als Redner hat man sich den Abgeordneten Höllein verschrieben. Die Versammlung soll am kommenden Sonntag stattfinden.**

Ein Hafenarbeiterstreik in Amerika.

tu. **London**, 26. Juli. In Neuyork ist gestern ein Hafenarbeiterstreik ausgebrochen. Zunächst haben nur 1500 Mann die Arbeit niedergelegt. Schon dadurch wurde aber die Abfahrt von acht großen Dampfern verzögert, die nicht gelöscht werden konnten. Der Ausstand war durch den Bund der Transportarbeiter angekündigt worden gegen den Rat des Internationalen Hafenarbeiterverbandes. Die Arbeiter verlangen einen Dollar pro Stunde bei 44 Stunden wöchentlicher Arbeitszeit und 50 Prozent Extravergütung für Überstunden. Zu den betroffenen Linien gehören auch der Norddeutsche Lloyd und die Holland-Amerika-Linie. Ein Führer der Streikenden erklärte, es bestehe die Absicht, alle übrigen Häfen ebenfalls stillzulegen. In San Franzisko haben bereits gestern einige hundert Arbeiter den Ausstand eröffnet.

Die nächste britische Reichskonferenz.

tu. **London**, 26. Juli. Im Unterhaus teilte der Unterstaatssekretär des Kolonialamts mit, daß gleichzeitig mit der am 1. Oktober beginnenden britischen Reichskonferenz auch eine Reichswirtschaftskonferenz stattfinden werde, die der Präsident des Handelsamts leiten werde. An der Konferenz werden die Vertreter von fünf Dominien, des irischen Freistaates und Irlands teilnehmen. Die Konferenz dürfte zu bedeutungsvollen Debatten führen.

Nach dem Lausanner Friedensschluß.

tu. **London**, 26. Juli. Der Unterstaatssekretär des Kolonialamts teilte mit, daß durch den Friedensvertrag von Lausanne die türkischen Hoheitsrechte über Irak und Palästina endgültig beendet seien und in bezug auf das nördliche Gebiet eine freundschaftliche Einigung zwischen der englischen und türkischen Regierung erzielt wurde. Wenn über das Gebiet binnen 9 Monaten nach Beendigung der Räumung Konstantinopels zwischen den beiden Staaten kein endgültiges Abkommen getroffen sein sollte, so werden sich beide Regierungen einem Schiedsspruch unterwerfen. Was den Irak anlange, so hoffe die englische Regierung, daß die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung bald stattfinden und daß diese noch im Laufe des Monats September werde zusammentreten können.

Die deutsche Fron.

London, 26. Juli. Der Finanzsekretär des Schatzamtes teilte im Unterhause mit, daß der auf Grund der deutschen Reparationseinziehungsakte von 1921 eingegangene Betrag am 30. Juni 1923 sich auf 13 284 000 Pfd. belaufen habe.

... und es sind Elende und kalte Klügler aufgestanden in diesen Tagen, die sprechen in der Nichtigkeit ihrer Herzen: Vaterland und Freiheit, leere Namen ohne Sinn, schöne Klänge, womit man die Einfältigen betört. Wo es dem Menschen wohlgeht, da ist dein Vaterland, wo er am wenigsten geplagt wird, da blüht seine Freiheit. — Diese Menschen sind wie die dummen Tiere, nur auf den Bauch und seine Gelüste gerichtet und vernehmen nichts von dem Wehen des himmlischen Geistes. Darum heckt Lüge in ihrem eitlen Geschwätz, und die Strafe der Lüge brütet aus ihren Lehren. — Auf denn, redlicher Deutscher, bete täglich zu Gott, daß er dir das Herz mit Stärke fülle und deine Seele entflamme mit Zuversicht und Mut, daß keine Liebe dir heiliger sei, als die Liebe des Vaterlandes und keine Freude dir süßer, als die Freude der Freiheit, damit du wiedergewinnst, worum dich Väter betrogen, und mit Blut erwerbest, was Toren versäumten, denn der Sklave ist ein listiges und geiziges Tier, und ein Mensch ohne Vaterland der Unseligste von allen.

Ernst Moritz Arndt.

Hochschuldemokratie

Vor der glorreichen Novemberrevolution gab es manche ältere Privatdozenten und außerordentliche Professoren, die nicht vorwärts kamen und deswegen unzufrieden waren; manche von ihnen schrieben geist- und wortreiche kritische Zeitungsartikel, fast alle setzten ihre Hoffnung auf den Sieg der Demokratie. Und als dann die Revolution aus Feigheit, Gemeinheit und Profitsucht geboren war, da gingen sie triumphierend lächelnd über die Straße und traten in akademischen Versammlungen mit selbstbewußten Reden hervor. Der Sieg der Revolution war ja auch ihr Sieg; sie hatten nun ihre Freunde in den Ministerien, übernahmen mittlere und höhere Stellen, welche ihre schwarzrotgoldenen Parteien in Stadtrat, Parlament oder Regierung zu vergeben hatten; einige von ihnen erhielten gegen den Einspruch von Sachverständigen und Fakultäten ihre wohlverdienten Professuren. Nebenbei bemerkt, sind zahlreiche dieser strebsamen Herren Volljuden, Halbjuden oder mit Jüdinnen verheiratet.

Willy Hellpach ist Deutschdemokrat, war bis vor kurzem Professor an der Technischen Hochschule und ist gegenwärtig Kultusminister im gegenwärtigen Freistaat Baden. Er ist ein demokratischer Minister, wie es sich gehört, wie er es verdient hat und wie es seine Leute von ihm erwartet haben. Er hat schon frühzeitig viele geistreiche Artikel in der „berühmten“ „Vossischen Zeitung“ über alles Mögliche geschrieben, und nach dem Siege der Demokratie hat er zur Festigung dieses Sieges in derselben Zeitung im Sommer 1922, schrecklich erregt über Rathenaus Tod, tapfer den rechtsstehenden Feind an den Hochschulen angegriffen. Die Schale seines demokratischen Zornes hat er in diesem tapferen Artikel auf den Heidelberger Physiker Philipp Lenard ausgegossen.

Lenard ist einer der wenigen großen Physiker, deren Name unsterblich bleiben wird. Er hat durch seine Entdeckungen die Ehre des deutschen Namens unter den Völkern gemehrt, ist Träger des Nobelpreises; er ist seit 31 Jahren deutscher Universitätslehrer, hat dem badischen Staate an der Heidelberger Universität ein erstklassiges physikalisches Institut geschaffen; er ist ein aufrichtiger, tapferer, deutscher Mann, der die Wahrheit bekennt, auch wenn sie ihm Anfeindung einbringt; so ist er dem Unfug der Relativitätstheorie Einsteins wissenschaftlich entgegengetreten und hat sich damit die giftige, unversöhnliche Feindschaft der Judenschaft und aller ihrer Diener zugezogen. Gegen Lenards Persönlichkeit und Leistung ist Herr Willy Hellpach eine Figur, deren Bedeutung auch der Titel eines Kultusministers nicht zu heben vermag.

Im Sommer 1922 noch strebsamer Parteigänger und außerordentlicher Professor, denunzierte Herr Hellpach in dem genannten Zeitungsartikel Lenard wegen schrecklicher Verbrechen gegen die Demokratie: Er habe vor allem am 1. Mai seine Vorlesung abgehalten, habe einen ähnlichen Versuch während der Bestattungsstunden Rathenaus wiederholt usw. Man mag über ein solches demokratisches Wehgeschrei hinweghören, mag auch darüber hinwegsehen, daß Herr Hellpach Lenard unterschiebt, er verachte die Behörde, die ihn später gegen den Pöbel schützte: nein, Herr Hellpach, nicht die Behörde, die nur ihre selbstverständliche Pflicht tat, verachtet Lenard, sondern etwas anderes. Unerträglich aber wird die Anmaßung Hellpachs, wenn er Lenard spöttisch auffordert, doch dem Staat sein Amt vor die Füße zu werfen, wenn er mit ihm nicht zufrieden sei. Dies ist eine Gaukelei und eine Unverschämtheit zugleich. Gaukelei, indem Hellpach statt Parteiregierung Staat setzt; von dem Staat, Herr Hellpach, stammt Lenards Amt, nicht von seiner gegenwärtigen Parteiregierung, von jenem läßt er sich besolden, nicht von der wechselnden Regierung; er hat ein Recht darauf, von dem Staate, dem er fünfzehn Jahre lang wertvolle Dienste geleistet hat, auch dann besoldet zu werden, wenn zufällig eine demokratische Koalitionsregierung am Ruder ist, die mit seiner politischen Gesinnung nicht zufrieden ist. Unverschämt ist die höhnische Aufforderung des Herrn Willy Hellpach an Lenard deswegen, weil er diesem gegenüber ein junger Mann und eine wissenschaftliche Null ist.

Nachdem Herr Hellpach seinen tapferen Zeitungsartikel gegen die Reaktion an den Universitäten im allgemeinen und gegen Lenard insbesondere geschrieben hatte, ist er demokratischer Kultusminister im Freistaate Baden geworden. Nun konnte er den tapferen Worten die tapfere Tat folgen lassen. Dies tat er, indem er gegen Lenard das Disziplinarverfahren wegen seines Verhaltens anläßlich der Rathenau-Totenfeier eröffnen ließ. In dem Urteil dieses Verfahrens wurde erklärt, daß mangelnde politische Urteilsfähigkeit bei einem Manne, der zu den ersten Naturforschern und erfolgreichsten Lehrern seiner Zeit gehört, verwunderlich erscheinen mag. Sie merken nicht, die demokratischen Herrschaften, daß sie sich hiermit selbst das Urteil sprechen. Ein Naturforscher, so geübt und scharf im Beobachten und im Herausfinden des Wesentlichen, so wahrheitsliebend wie Lenard, besitzt auch mehr politische Urteilsfähigkeit als ein Demokrat, der im theoretischen Gefeires und in dem praktischen Geschäftsinteresse seiner Partei befangen ist.

Nicht bloß tapfer war Herr Hellpach mit seinem Verfahren gegen Lenard, sondern auch demokratisch beflissen; kaum war das Urteil gefällt, noch nicht konnte es Lenard bekannt sein, und schon wurde an alle Zeitungen, deren demokratische Leser eine Freude daran haben können, herumtelegraphiert. Die Demokratie und Judenschaft wird Herrn Hellpach sicher noch mehr als bisher schätzen und belohnen, wenn die schwarzrotgoldene Parteiherrschaft lange genug sich halten kann; denn er ist ein „deutsch“-demokratischer Kultusminister: Strebsam, verwechselt Staat mit Parteiregierung, ist tapfer mit Wort und Tat gegen den rechtsstehenden inneren Feind, rüffelt Professoren wegen ihrer politischen Gesinnung und hat auch vor dem bedeutendsten und berühmtesten Forscher an der von ihm regierten Universität keinen Respekt.

Professor Dr. J. St.

Bücherschau

Die Südmark, alpenländische Monatsschrift für deutsches Wesen und Wirken. Heft 7, Heumonat 1923. Eigentümer und Herausgeber: Verein Südmark, Bund der Deutschen zur Erhaltung ihres Volkstums im In- und Auslande, Graz, Joanneumring 11.

Morgenrot, Romantische Monatsschrift für Kultur- und Sozialreform. Herausgegeben unter Mitwirkung von Johannes [illegible], Maurus Carnot, Richard Kralik, Justinus Frh. v. Vogelsang. 1. Jahrg. Juli 1923. Heft [illegible]. Vogelsang-Verlag G. m. b. H. Wien VIII. Verwaltung Wien IX, Säulengasse 18.

19. Deutscher Feuerwehrtag

Die Festfolge

Freitag, 27. Juli: Vormittags 10 Uhr: Feierliche Eröffnung der Ausstellung im Ausstellungspark, Theresienhöhe, mit anschließendem Rundgang durch die Ausstellung. — 2 bis 6 Uhr: Vorführungen der Aussteller auf dem Vorführungsgelände der Feuerwehrausstellung.

Samstag, 28. Juli: 9—12 Uhr und ½3—6 Uhr: Vorführungen der Aussteller auf dem Vorführungsgelände der Feuerwehrausstellung. Abends 8 Uhr: Begrüßungsabend in der Festhalle (Halle I) des Ausstellungsparkes.

Sonntag: 29. Juli: Vormittags 8 Uhr: Große Übung der Feuerwehren Münchens und der Sanitätskolonne vom Roten Kreuz München an der Herzog-Max-Burg am Lenbachplatz. Vormittags ½11 Uhr: Vorbeifahrt der Münchener Feuerwehren und der Sanitätskolonne vom Roten Kreuz München in der Prinz-Regentenstraße. Anschließend Vorbeimarsch sämtlicher Festteilnehmer sowie der Feuerwehren Münchens und der Sanitätskolonne vom Roten Kreuz München. — ½6 Uhr: Geräteübung der sechs Abteilungen der Freiwilligen Feuerwehr München in der Arena des Ausstellungsparkes, Theresienhöhe. — Abends 6 Uhr: bei schönem Wetter: Festabend im Garten der Bierhalle im Ausstellungspark. Bei schlechter Witterung: Festabend in der Festhalle (Halle I).

Montag, 30. Juli: Abends Festkonzert im Hauptrestaurant des Ausstellungsparkes. Während der Dauer der Tagung ist der Vergnügungspark mit allen seinen Einrichtungen und Vergnügungsstätten ohne Eintrittsgebühr geöffnet.

*

Der Vorverkauf der Festteilnehmerkarten zum 19. Deutschen Feuerwehrtag hat begonnen. In der Hauptfeuerwache, Blumenstraße 34, wurde eine Vorverkaufsstelle eingerichtet. Karten können dort beim Torwart zum Betrag von 8000 M. für Angehörige von Feuerwehren und 10 000 Mark für sonstige Interessenten abgeholt werden. Die Teilnehmerkarten berechtigen zur Teilnahme an sämtlichen Veranstaltungen und zum Empfang der Festschrift, welche nach Erscheinen (24. Juli) in der Geschäftsstelle, Verwaltungsgebäude im Ausstellungspark, Theresienhöhe 4a, gegen Vorzeigung und Abstempelung der Teilnehmerkarte kostenlos abgegeben wird. Die Teilnehmerkarte berechtigt u. a. zum freien Eintritt bei dem Begrüßungsabend am Samstag, 28. Juli, in der Festhalle (Halle I) des Ausstellungsparkes, zu der großen Feuerwehrübung am Sonntag, 29. Juli, am Lenbachplatz und zu dem Festabend am Sonntag, 29. Juli, im Garten der Bierhalle, bei schlechtem Wetter in der Festhalle des Ausstellungsparkes.

*

Deutsche Feuerwehrausstellung München 1923. In den Tagen des 27. Juli bis 5. August wird in München, wie bekannt, der 19. Deutsche Feuerwehrtag abgehalten; in Verbindung mit dieser großzügigen Veranstaltung, die sich seit 1913 nicht wiederholt hat, wird hier eine große Feuerwehr-Fachausstellung durchgeführt, für die Halle II des Ausstellungsparks, ein Teil der Halle IV und die hinter ihr gelegene offene Halle, sowie die zwischengelegenen freien Plätze zur Verfügung gestellt wurden.

Die Ausstellungsleitung hat es sich angelegen sein lassen, eine Schau ins Leben zu rufen, die schon am Eröffnungstage in allen Teilen vollendet ist. Es ist ferner für größte Übersichtlichkeit Sorge getragen.

Aussteller sind so ziemlich alle deutsche Fabriken und Geschäftshäuser, die für das Feuerlöschwesen in Betracht kommen. Im Anschluß an die Ausstellung finden auf dem freien Platze neben der offenen Halle der Ausstellung und in der Arena täglich Vorführungen und Feuerlöschproben statt.

Die Eröffnung der Ausstellung ist vom Freitag, den 27. Juli, mit Dienstag, den 31. Juli, von vormittags 9 Uhr bis abends 7 Uhr und vom 1. bis 5. August von vormittags 10 Uhr bis abends 6 Uhr geöffnet.

Der Eintritspreis beträgt 3000 M. für Erwachsene und 1500 M. für Kinder.

Vereinen und Körperschaften wird Ermäßigung gewährt. Zuschriften an die Geschäftsstelle der Feuerwehr-Ausstellung, Theresienhöhe 4a, Telephonnummer 58 0 01.

*

Kongreß-Tagesfahrkarten auf der Münchener Straßenbahn für die Teilnehmer am Feuerwehrtag. Anläßlich des 19. Deutschen Feuerwehrtages werden vom 28. mit 30. Juli auf der Straßenbahn sogenannte Kongreßtagesfahrkarten ausgegeben. Diese Karten, welche auf den Namen des Inhabers ausgestellt sind, berechtigen zur unbeschränkten Fahrt auf dem gesamten Straßenbahnnetz (nicht auf der Außenstrecke und den Garantiestrecken) für den darauf bezeichneten Betriebstag in der Zeit von 5 Uhr morgens bis 2 Uhr nachts. Die Karten werden ab Freitag, den 27. Juli 1923 in den Stationshäusern am Karlsplatz und Sendlingertorplatz ausgegeben.

Münchener Beobachter

Das Bauprogramm auf Kosten der Mieter

Das Sozialministerium hat auf Grund Landtagsbeschlusses dem Stadtrat neuerdings Mittel zur Verfügung gestellt, mit denen in Erweiterung des seinerzeit verabschiedeten städtischen Bauprogramms 1923 noch 81 Wohnungen hergestellt werden können. Der städtische Wohnungsausschuß beschloß, diese Mittel wie folgt zu verteilen:

Beamtenwohnungsverein ein Haus mit 10 Wohnungen in Haidhausen, an der Trogerstraße, Gesellschaft zum Bau von Wohnungen für Festbesoldete (Beamte und Offiziere der Reichswehr) 1 Haus mit 7 Wohnungen an der Winzererstraße, Verein für Wohnungskultur zur Erweiterung (12 Wohnungen) seiner Bauanlage in Laim, Baugenossenschaft der Unteroffiziere des Beurlaubtenstandes in Hartmannshofen 2 Wohnungen, Baugesellschaft „Alte Haide" Zuschuß für 24 Wohnungen mit 15 Mill. M. pro Wohnung, Baugenossenschaft „Rupertusheim" 12 Wohnungen, Heimstätten-A.-G. Forstenriederstraße 6 Einfamilienhäuser und schließlich Zuschüsse für 8 Privatbauten. Die Verteilung der Baukosten ist jetzt dahin geregelt, daß das Land zwei Drittel, die Gemeinde ein Drittel der Überteuerung trägt. Insoweit auch Arbeitgeberzuschüsse in Frage kommen, trägt das Land die Hälfte, der Arbeitgeber ein Viertel, die Gemeinde ebenfalls ein Viertel. Mit dieser Verteilung ist es aber nicht getan, da sich die finanziellen Auswirkungen des Bauprogramms für die Stadt bei den heutigen Verhältnissen nicht übersehen lassen. Zur Durchführung der im Wohnungsbauprogramm vorgesehenen Bauten allenfalls noch notwendig werdenden Nachzahlungen soll sowohl seitens des Landes, als auch seitens der Gemeinde die Wohnungsbauabgabe herangezogen werden. Eine gründliche Erhöhung dieser Abgabe und damit eine empfindliche Mehrbelastung der Mieter läßt sich deshalb schon heute voraussagen. Die Herren begründen das damit: diejenigen, die schon eine Wohnung haben, müssen dazu beitragen, daß auch „die anderen" eine Wohnung bekommen. **Das klingt recht menschenfreundlich, aber diese anderen hätten schon längst eine Wohnung, wenn man endlich damit anfangen würde, das Gesindel der Ostjuden auszuweisen.** Statt dessen aber ist dafür gesorgt, daß solche Leichenfledderer am deutschen Volk schleunigst und ohne viel Aufhebens Wohnung bekommen. Für ein „Bauprogramm" mit solchen Methoden bedankt sich die Allgemeinheit.

Wetterlage

Allgemeine Übersicht. Die isländische Depression ist rasch nach dem Süden Norwegens vorgedrungen. Ihr Sturmbereich hat sich bis an die Alpen heran ausgedehnt. Das erste Regengebiet hat uns heute morgen erreicht. Nach kurzer Pause sind weitere Niederschläge zu erwarten, die im Alpenvorlande beträchtlichere Ausmaße annehmen werden. Auf der Rückseite der Depression fluten polare Luftmassen nach dem Kontinente herein, so daß die nächsten Tage kühle Witterung aufweisen werden.

Wettervorhersage für Freitag, den 27. Juli 1923. Kühlere nordwestliche Winde, Pfalz, Nordbayern noch einzelne Regenschauer; Südbayern ergiebige Niederschläge, Hochwasserwetterlage.

Ausfallender Sommersonderzug. Der für 2. auf 3. August anberaumte Sommersonderzug München—Mannheim unterbleibt wegen unzureichender Beteiligung. Der Fahrkartenverkauf hierfür ist eingestellt. Schon gelöste Fahrkarten berechtigen in der Zeit vom 25. Juli bis mit 3. August zur Hinfahrt mit Eil- oder Personenzug ohne Nachzahlung, mit Schnellzügen gegen Lösung von Schnellzugszuschlagskarten.

Neue Flugpostmarke. Für den Luftpostverkehr sind neue Flugpostmarken im Werte von 200 M. herausgegeben; sie sind bei den Postanstalten der Flugorte und bei einer großen Anzahl anderer Postanstalten erhältlich. Postanstalten, die keine Flugpostmarken führen, vermitteln auf Wunsch den Bezug der Marken. Flugpostmarken zu 5 und 10 Mark werden nicht mehr hergestellt.

Zu Bismarcks Gedächtnis. Anläßlich des 25. Todestages Bismarcks werden die bürgerlichen Fraktionen des Stadtrates in Erfüllung einer Ehren- und Dankbarkeitspflicht der Stadt München gegenüber ihrem größten Ehrenbürger das ihm errichtete Denkmal — den Bismarckturm am Starnbergersee — in einfacher, dem Charakter des wundervollen Baues entsprechender Weise schmücken lassen. Außerdem werden die bürgerlichen Stadtfraktionen, um den Gefühlen der Bürgerschaft entsprechenden Ausdruck zu geben, am Vorabend von Bismarcks Todestag, am Sonntag, den 29. Juli, vormittags 11 Uhr, einen Kranz am Denkmal niederlegen lassen. Zur Teilnahme an der einfachen Gedächtnisfeier sind alle eingeladen, die dem großen Kanzler an diesem durch die Entwicklung der politischen Verhältnisse besonders bedeutungsvollen Tage ihr dankbares Gedenken bekunden wollen. Abfahrt in München 7 Uhr 45 Min. morgens.

Wir Nationalsozialisten werden eine eigene große Bismarckfeier, voraussichtlich im Gebäude des Zirkus am Marsfeld, abhalten. Nähere Mitteilungen folgen.

Abgabe der „Romeo-Schuhe". Die Abgabe der „Romeo-Schuhe" wird am 31. Juli eingestellt. Bereits ausgefertigte Bezugsscheine sind bis dahin in der Textilbeschaffungsstelle zur Einlösung zu bringen, da sie später nicht mehr beliefert werden.

Zu der Milliarden-Defraudation des Bankbeamten Joseph Stubenrauch ist noch zu melden: Die Devisen bestanden aus Dollars, holländischen und finnischen Gulden, dänischen, tschechischen und österreichischen Kronen. Stubenrauch, der noch nicht lange bei der Firma war, hatte nur vorübergehend die Devisen- und Effektengeschäfte zu versehen. Er war bis 23. Juli abends im Geschäft, scheint dann die Tat ausgeführt zu haben und fuhr noch nachts von München weg, da er an diesem Abend am Bahnhof gesehen wurde. Am Dienstag kam er nicht in das Geschäft. Man glaubte, er sei krank. Als man von ihm auch nachmittags noch nichts hörte, schickte man in seine Wohnung und fand ihn nicht. Nun wurde die Firma stutzig, nachdem die Hausfrau von dem Reisepaß und der Schiffskarte nach Cleveland erzählte.

Kokspreise. Ab 26. Juli 1923 gelten für Koks folgende Preise: ein Zentner Grob- oder Nußkoks ab Werk 110 000 Mark, mit Zufuhr 116 000 M.; Rieselkoks ab Werk 70 000 M., wird nicht zugefahren; ein Zentner Grießkoks 40 000 M., mit Zufuhr 46 000 M.; Grießkoks für Minderbemittelte 2000 M. Maßgebend für die Preisberechnung ist der Tag der Lieferung, nicht der Tag der Bestellung.

Neuerliche Gebührenerhöhung bei der Gasanstalt. Mit Rücksicht auf die Erhöhung der Löhne usw. mußten nunmehr auch die Gebühren für Aufstellung und Abnahme von Gasmessern und Gasverbrauchsapparaten ab 21. Juli 1923 erhöht werden. So kostet das Aufstellen und Abnehmen eines dreiflammigen Gasmessers 28 200 M., eines fünfflammigen 34 800 M., zehnflammigen 39 600 M., zwanzigflammigen 50 200 M. usw. Das Zustellen für jeden Kocher, jede Herdplatte oder Bratkaube, sowie für ein oder mehrere Bügeleisen mit Zubehörapparaten kostet nunmehr 18 200 M., das Abholen 15 200 M., der Umtausch, Abholung und Anlieferung in ein und demselben Gang 25 200 M. Für das Zustellen, Anbringen bezw. Abnehmen einer Gaslampe werden folgende Gebühren in Anrechnung gebracht: Zustellen 25 200 M., Abholen 18 200 M., Umtausch, Abholen und Anlieferung in demselben Gang 30 200 M. Für Umtausch, welcher in zwei getrennten Gängen erledigt werden muß, ist Abholungs- und Anlieferungsgebühr zu entrichten. Werden Bügeleisen oder Zubehörapparate bei demselben Benützer zugleich mit Herden oder Lampen abgeholt, so wird keine eigene Abholungsgebühr verrechnet.

Der richtige Instinkt. Die Börsenzettel am Altheimereck, „Münchener Post" genannt, beklagt sich bewegten Tones darüber, daß ihre Zeitungsträgerinnen in manchen Fällen außer der Zahlungsverweigerung auch noch unerhörten Beschimpfungen und Grobheiten ausgesetzt sind. Es ist durchaus erfreulich, daß das gesunde Empfinden unserer Arbeiterfrauen für das von ihren Männern, den unter der Fuchtel der Bonzen stehenden Genossen, zwangsweise abonnierte Juden- und Kapitalistenblatt nichts mehr übrig hat.

Eine Münchener Markenausstellung. Am 1. und 2. September veranstalten die beiden Münchener Sammlervereine „Tauschverbindung Münchener Markensammler" (Tauma) und „Münchener Ganzsachen-Sammlerverein" im großen und kleinen Asamsaal an der Sendlinger Straße eine große Markenschau, die sehr seltenes und teilweise noch nicht gesehenes Material bringen wird. Bisher sind u. a. folgende Spezialgebiete angemeldet: Bayern (Essays, Stempel, Luitpoldblocks, Plattennummern der 5-Pfg.-Luitpold, eine sehr seltene Kartensammlung, Signets auf Stempelpapier ab 1694, Stengers Privatkarten, Telegraphenmarken, Betriebsrätemarken, Luitpoldserien nach Typen, Abarten der Dienstmarken), ferner Baden, Thurn und Taxis, Hannover, Württemberg, Altdeutschlandausschnitte, Oldenburg, Mecklenburg-Strelitz, deutsche Kolonien, deutsche Privatpost, Österreich, Rußland, Griechenland, Kreta, Türkei, Malta, Ungarn, Schweiz (Juventute), Argentinien, Brasilien, Vereinigte Staaten (Zeitungsmarken, gebraucht und ungebraucht, Original-Sonderdrucke), Siam und Haiti. Im Zusammenhang mit der Ausstellung sollen die ersten Schritte zum Zusammenschluß der bayerischen Sammlervereine getan werden.

Der bevorzugte Japaner. Eine Majorswitwe mußte auf dem Wege der Zwangsvermietung ein Zimmer abgeben. Es wurde ihr vom Wohnungsamt ein Japaner zugewiesen. Die Dame erklärte jedoch, daß sie unter keinen Umständen einen Ausländer, und noch dazu einen feindlichen, nehmen würde. Sie würde gerne bereit sein, einem anständigen Deutschen sogar kostenlose Unterkunft gewähren. Außerdem hätte sie je nach Bedürftigkeit dem Untermieter weitgehende Unterstützung in seiner Beköstigung gewährt. Bei dem Gebaren unseres ja so ausgezeichneten Wohnungsamtes ist es nicht verwunderlich, daß der Dame brüsk erklärt wurde, sie habe sich den Anordnungen des Wohnungsamtes zu fügen und müsse den Japaner nehmen. Die mutige Dame aber versicherte, daß sie den Japaner auf keinen Fall ihre Wohnung betreten lasse. Der Fall ist um so unerhörter, als manch armer Student froh wäre, eine so billige Unterkunft zu finden, und es ist ganz unverständlich, wie man bei der heutigen Zimmerknappheit einem Ausländer überhaupt ein Zimmer zuweisen kann. Ein neuer Wohnungsskandal, würdig der in die Weinstraße umgezogenen Wohnungsbastille!

Goldmarksparkonten bei der städtischen Sparkasse München. Die städtische Sparkasse in München bringt entsprechend den vom Staatsministerium des Innern unterm 8. Mai 1923 erlassenen Anweisungen den **Goldmarksparverkehr** auf der Grundlage der Neckar-Goldanleihe zur Einführung. Anträge auf Eröffnung von Goldmarksparkonten nehmen die Sparkasse-Hauptstelle und die Zweigstellen entgegen.

Die Hebeweinfeier auf der Tiroler Alm in Grünwald (bei München), der künftigen Walderholungsstätte des Tiroler Klub München, e. V., findet, nachdem der Bau bereits unter Dach ist, am **Sonntag, den 29. Juli,** statt. Mit derselben wird gleichzeitig auch ein öffentliches, und zwar echtes und zwangsloses Tiroler Volksfest in Nationaltrachten veranstaltet, mit welchem auch volkstümliche allgemeine Tiroler Unterhaltungsspiele für jung und alt verbunden sein werden. Abmarsch zum Festplatz um 2 Uhr nachmittag vom Gasthaus zur Post in Grünwald. — Im Falle ungünstiger Witterung wird dieses Fest auf den nächsten schönen Sonntag verschoben.

Zur Beamtenbesoldung. Der Bayer. Beamtenbund schreibt: In der Presse war dieser Tage eine Übersicht über die Einkommen eines unverheirateten Beamten in Berlin im Monat Juli enthalten, die geeignet ist, in der Öffentlichkeit über den derzeitigen Stand der Beamtenbesoldung falsche Meinunngen zu erwecken, da die dort angegebene Höhe der Bezüge den Tatsachen nicht entspricht. In der Pressenotiz heißt es, daß für den Beamten der Gruppe I das Anfangsgehalt 3 236 320 M., das Endgehalt 4 134 240 M. beträgt, wogegen in Wirklichkeit in Berlin ein Beamter dieser Gruppe (Schrankenwärter usw.) erhält: 2 352 240 M. Anfangsgehalt, 3 100 680 M. Endgehalt. Bei den höheren Gruppen wird der Unterschied zwischen der Berechnung und den tatsächlichen Bezügen noch erheblich größer. Der Artikelschreiber hat ohne Zweifel den erhöhten Teuerungszuschlag der zweiten Julihälfte für das ganze Monat berechnet. Bei dieser Gelegenheit sei auch noch darauf hingewiesen, daß das Einkommen der Beamten in München um mehr als ein Zehntel geringer ist wie in Berlin wegen des bedeutend geringeren Sonderzuschlages von München.

Kleine Chronik. Aus einer Fabrik in der Au wurde ein 15 PS Kleinmotor Nr. 25, Marke Langgut Nr. 3083, Wert 8 Millionen Mark, gestohlen. — Bei einem Wohnungseinbruch in der Mandlstraße erbeuteten Einbrecher silberne Bestecke, Löffel, Gabeln, Zuckerdosen, gez. L. L., A. G., C. C., H. L., Schmucksachen, Wäsche u. a. Wert 35 Millionen Mark. — Bei der Polizeidirektion (Fahrrad-Bureau) sind 6 herrenlose Fahrräder hinterstellt, die zwei Fahrraddieben abgenommen wurden.

Im Streit schwer verletzt. Drei Bergleute aus der Gegend von Breslau beschlossen, zu Fuß eine Wanderung durch Bayern, die Schweiz und Italien zu machen. Auf ihrer Wanderschaft rüsteten sie sich mit Revolvern aus, die sie in Heidelberg kauften, um damit in Bayern auf Almen Gemsen und Hirschen zu schießen. Als sie das Allgäu erreicht hatten, ging das mitgenommene Geld zur Neige, weshalb sie unter sich bei Buchloe in Streit gerieten, der damit endete, daß einer derselben, ein 17 Jahre alter Bergmann, auf den 18 Jahre alten Kameraden drei Schüsse abgab, die diesen am Kopf und Schulter lebensgefährlich verletzten. Der Täter floh. Der Schwerverletzte wurde von Gendarmen aufgefunden und in das Krankenhaus gebracht. Der Täter wurde nun in München verhaftet.

Schneeverhältnisse im Hochgebirge. Noch immer liegen in den Alpen gewaltige Massen Schnee, etwa soviel wie in Jahren normal warmem Frühjahr Anfang Juni. Doch ist der Schnee ziemlich hart und gesetzt, eine Lawinengefahr bei Besteigung von Schneegipfeln besteht daher nicht. Auf den Gletschern tritt das Eis noch nirgends zutage, so daß Gletscherpartien vorläufig noch ohne Stufenhackerei unternommen werden können. Die Felsgrate sind an sonnigen Seiten schneefrei und eisfrei, im Schatten aber noch wenig verhärtet, das Klettern mit mancherlei Gefahren verbunden. Im allgemeinen treffen die Alpinisten stark veränderte Verhältnisse an, so daß bei Hochtouren größte Vorsicht anzuraten ist.

Gegen die Wanderunsitten. Der Arbeitsausschuß zur Bekämpfung der Wanderunsitten richtet an die Jugend folgenden beherzigenswerten Aufruf: Deutsche Jugend! Kleidet euch auf euren Wanderungen einfach und anständig! Fort mit Zipfelmützen, bunten Narren- und Maskenkostümen, unnützem Zierat! Betragt euch anständig und unauffällig! Singt und spielt, aber lärmet nicht ohne Unterlaß, vor allem nicht in Ortschaften, auf Bahnhöfen und in Zügen. Schützt unsere Wälder und Felder! Beschädigt nicht Bäume, Sträucher, Blüten und Früchte, Schonungen, Anlagen, Bauwerke, Zäune, bestellte Äcker! Besudelt nicht den Wald durch Papier, Abfälle und Unrat! Verunreinigt nicht die Gewässer durch Scherben, Büchsen und ähnliche Dinge! Zündet kein Feuer im Walde an! Der deutsche Wald sei euer Heiligtum!

Bestattungen

am 27. Juli.

Südfriedhof: Peter Hockenreiner, Glaser, 65 J., 3½ U. — Kosmas Lutz, Oberregierungsrat, 86 J., 3 U.

Ostfriedhof: Franz X. Strobl, ehem. Maurer, 76 J., 2½ U. — Magd. Maier, Schreinerstochter, 20 J., 2¼ U. — Paul Löfflmann, 2 Mt., 2¾ U.

Nordfriedhof (Schwabing): Franz Schillinger, Kohlenhändler, 49 J., 2½ U.

Westfriedhof (Moosach): Amalie Zellerer, Heimarbeiterin, 27 J., 2¾ U. — Jakob Ferstl, Taglöhner, 58 J., 3 U. — Alfons Bulheller, Oberpostsekretär, 70 J., 2¾ U.

Waldfriedhof. Wilhelm Kammerbauer, Eisenbahningenieur, 66 J., 3 Uhr. Friedrich Groß, Handlungsangestelltenskind, 3 Mt. (3½ U.)

Sendlinger Friedhof. Annamaria Kirsch, Obermaschinistensgattin, 59 J., 2 U.

Viele

unserer Streifbandbezieher sind mit Zahlung ihrer Bezugsgebühren noch im Rückstand. Alle diese Säumigen bitten wir dringendst, die Restbeträge unverzüglich auf die betreffenden Zahlungsstellen, — die einem jeden Bezieher bereits bekannt sind — einzuzahlen. Unterstützung unseres Kampfblattes, in erster Linie durch pünktliche Zahlung — künftig bis längstens 10. jeden Monats — ist Pflicht eines jeden Nationalsozialisten!

Dies zur dauernden Mahnung!

Mit deutschem Gruß!

Verlag des „Völkischen Beobachters".

Zum Skandal im Hofbräuamt

Von einer dem Finanzminister Dr. Krausneck parteipolitisch näher als uns stehenden Seite wird uns geschrieben:

Auf die im „Völkischen Beobachter" gerügten Zustände im Hofbräuhaus hat Finanzminister Dr. Krausneck im Landtag erklärt, daß er das Hofbräuhausbier den Preis bezahle, den jeder Beamte und jeder Angestellte im Hofbräuhausbetrieb zahlt. Das ist also das Zugeständnis, daß der Finanzminister tatsächlich das Bier zu dem gleichen Vorzugspreis bezieht wie die Beamten und Angestellten des Hofbräuhauses. Wie hoch dieser Preis gegenüber dem sonst geforderten ist, wurde nicht gesagt. Ebenso schwieg sich der Minister darüber aus, für welches Quantum er diese Vorzugsbelieferung in Anspruch nimmt.

Wie der Minister zur Inanspruchnahme dieser Vorzugsbelieferung kommt, ist unerfindlich. Er ist der Chef eines Verwaltungszweiges, dem das Hofbräuhaus seine Erträgnisse zuzuführen hat, und zwar in möglichst großer Höhe, im Interesse der Steuerzahler. Dazu trägt aber nicht bei, wenn Nichtangehörige des Betriebes Vorteile für sich in Anspruch nehmen, die nur Betriebsangehörigen als ein Teil ihrer Entlohnung zusteht. Minister Krausneck hätte deshalb, auch wenn es „von jeher" so gewesen sein sollte, wie er behauptet, für seine Person und für seine Nachfolger in der Leitung des Finanzministeriums im Interesse des Rufes der bayerischen Verwaltung und der Reinhaltung ihres Schildes ablehnen müssen, diesen Brauch, der, wenn er ihn bei seinem Amtsantritt sollte vorgefunden haben, ein Mißbrauch war, weiter zu üben.

Zur Frage der Bekleidung eines Postens als Mitglied des Aufsichtsrates einer Aktiengesellschaft durch einen Beamten — in diesem Fall der Ministerialreferent — darf daran erinnert werden, daß es unter dem „verrotteten" alten System Grundsatz war, daß ein Staatsbeamter nicht den Posten eines Mitgliedes des Aufsichtsrates einer Aktiengesellschaft übernehme, gleichgültig, in welchem Besitz die Aktienmehrheit sich befand. Und dieser Grundsatz war ein guter.

Heute denkt man allerdings „großzügiger". Heute lassen sich auch Mitglieder des Landtages, ja selbst der Präsident des Landtages, mit Vorliebe gutbezahlte Aufsichtsratsposten neugegründeter Aktiengesellschaften anbieten. Sie nehmen auch solche an, obwohl ihnen nicht zweifelhaft sein kann, daß ihnen solche Posten nur angeboten werden, damit der betreffenden neugegründeten Gesellschaft daraus lohnende Vorteile erwachsen, die auf einem anderen Gebiete als dem besonderer Kenntnisse in den einschlägigen technischen oder kaufmännischen Fragen liegen.

Bei dem Einfluß des Parlaments und seiner einzelnen Mitglieder auf die Gestaltung der Regierung und des Beamtenkörpers sowie auf die Führung der Regierungsgeschäfte erscheint diese neuartige Praxis ganz besonders bedenklich. Die Reinlichkeit auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens wird dadurch sicherlich nicht gefördert.

Wir haben dem nur hinzuzufügen, daß diese „neuartige Praxis" ausgezeichnet zum Parlamentarismus von heute paßt. Wer also — mit vollem Recht — an diesen Erscheinungen Anstoß nimmt, wird konsequenterweise diesen ganzen Geldbeutel-Parlamentarismus zum Teufel wünschen.

Aus dem Rathaus

Der Justizskandal des Mieteinigungsamtes

In Nr. 140 des „Völkischen Beobachters" vom 13. Juli haben wir unter der Überschrift „Ein unerhörter Wohnungsskandal" von dem Fall unseres Pg. Geiger berichtet, aus dem wieder einmal — in besonders krasser Form — beispielsweise zu ersehen war, was sich in München Einheimische in Beziehung der Wohnungszuteilung gegenüber fremdländischen Juden bieten lassen müssen. Der Wohnungsreferent, R.-R. Dr. Helmreich, nahm in der städt. Hauptausschußsitzung Veranlassung, sich auf den erwähnten Artikel im „V. B." zu äußern. Danach ist der von uns veröffentlichte Tatbestand durchaus richtig. Als schuldiger Teil hat aber nicht das Wohnungsamt, sondern das Mieteinigungsamt zu gelten. Das Wohnungsamt hat nämlich den Anspruch unseres Pg. Geiger auf das Zimmer durchsetzen wollen und hat auch in diesem Sinne eine Beschlagnahmeverfügung erlassen. Diese Beschlagnahmeverfügung ist aber vom Mieteinigungsamt abgelehnt worden. Es hat dem Antrag des „kaiserlich russischen Kammermusikers" Innsbrucker, der das strittige Zimmer für sich zur Unterrichtserteilung und Ausführung von „Harfenreparaturen" reklamierte, stattgegeben. Wenn von einem Skandal gesprochen werden könnte, so könne man von einem Justizskandal reden. — Diesem Urteil des R.-R. Dr. Helmreich schließen wir uns an und stellen an und stellen an das Mieteinigungsamt die strikte Anfrage, wie es sich zu diesem Vorwurf des Justizskandals zu rechtfertigen gedenkt. Mit einer nichtssagenden Phrase werden wir uns nicht abspeisen lassen.

*

Die Ablösung der Zivileinquartierung. Der Stadtrat handhabt noch immer fleißig die famose Einrichtung der Ablösung der Zivileinquartierung, wonach sich derjenige, der über den entsprechenden Geldbeutel verfügt, trotz der krassen Wohnungsnot eine geräumige Wohnung sichern kann. Um daraus möglichst viel für die Stadtkasse herauszuschinden, hat der Wohnungsausschuß neuerdings die Sätze der Ablösung erhöht, und zwar: für 1 Raum auf 9,14 Mill. M., 2 Räume 21,48 Mill. M., 3 abzulösende Räume 36,85 Mill. M. — Es wäre allmählich höchste Zeit, daß dieser Unfug der Ablösung der Zivileinquartierung abgeschafft wird, um so mehr, als selbst das Sozialministerium daran Anstoß nimmt, daß die Stadt die hier vereinnahmten Gelder nicht für den Wohnungsbau verwendet, sondern zur Bestreitung irgendwelcher anderer Ausgaben einstellt.

Städt. Gut Fürstenried. Die Stadt München hat vor etwa 3 Jahren in Fürstenried, in unmittelbarer Nähe des Schlosses, einen landwirtschaftlichen Betrieb käuflich erworben. Der Betrieb, damals ziemlich heruntergewirtschaftet, ist jetzt, wie eine Besichtigung zeigte, unter Verwendung moderner Produktionsmittel (Motorpflug, neuzeitlicher Maschinen) auf voller Höhe. Zur Zeit sind angebaut: 77 Tagwerk Kartoffeln und Pferdebohnen, 81½ Tw. Sommergerste, 104 Tagwerk Hafer, 18 Tw. Sommerweizen und zirka 129 Tw. Klee und Wikken. Nebenbei sind vergleichende Sortenanbauversuche bei Kartoffeln, Hafer und Gerste unter Kontrolle der Landwirtschaftsstelle München durchgeführt worden. An Wiesen befinden sich beim Gute zirka 44 Tw., deren Stand trotz der langandauernden Trockenheit befriedigt. Der Viehstand setzt sich zusammen aus 10 Pferden, 12 Ochsen, 2 Stieren, 29 Kühen, 17 Jungrindern, 8 Mutterschweinen, ein Eber, 94 Läufern und Ferkeln. Auch für bauliche Ausgestaltung des Gutes ist gesorgt. Zur Zeit wird ein größerer Feldstadel und eine Wagenremise neu hergestellt. Ebenso befindet sich ein Getreideschüttboden im Entstehen.

Die Hundesteuer. R.-R. **Pfeiffer** ist zwar gegenwärtig wegen der Hundetollwut auf die Hunde recht schlecht zu sprechen, aber als Steuerquelle sind sie ihm durchaus willkommen. Nachdem die Hundeabgabe erst Ende Juni erhöht worden ist, wird sie jetzt schon wieder, und zwar gleich um das Dreifache hinaufgeschraubt: 100 000 M. der erste, 300 000 M. der zweite und 500 000 M. jeder weitere Hund. — Kein Wunder also, wenn's den Hunden allmählich zu dumm wird. Sie scheinen keine so große Lammsgeduld zu haben wie — der homo sapiens.

*

Landtag

Der Forstetat im Landtagsausschuß

Der Staatshaushaltsausschuß hat am Dienstag nachmittag die Beratung des Forstetats begonnen. Dieser Etat bildet nach dem Wegfall des Haushalts der direkten Steuern und des Malzaufschlages das Rückgrat der staatlichen Finanzgebahrung und verdient schon deshalb erhöhte Aufmerksamkeit. Die erste Sitzung brachte nach Dankesworten der Berichterstatter Frh. v. **Freyberg** und **Brügel** an die Adresse der im Abwehrkampf verharrenden pfälzischen Forstbeamten und Waldarbeiter, denen sich der Minister anschloß, wichtige Mitteilungen Dr. Krausnecks über die Holzpreise, die Lage der Brennstoffversorgung und die Notstände der Presse. Die Einnahmen und Ausgaben mit Ausnahme jener für die Jagden sollen künftig jeweils von Oktober bis Ende September des nächsten Jahres zusammengefaßt werden, um die Ergebnisse des Wirtschaftsjahres deutlicher hervortreten zu lassen. Die Holzpreise werden — das betonte auch Staatsrat Mantel, der Chef der Staatsforstverwaltung — weiterhin ansteigen, solange die Holznot — eine Folge von Versailles — und die Geldentwertung anhalten. Die Staatsforstverwaltung muß sich diesen Preisbewegungen angleichen, sie würde sonst unermeßliche Werte verschleudern und — hätte hinzugefügt werden können — nur den Holzjuden in die Taschen arbeiten. Dem Handwerk sei so weit als möglich entgegengekommen worden, hoffentlich würden auch die Verbraucher in den Fertigfabrikaten etwas davon verspüren. Eine weitere Verbilligung des Holzes für den Kleinwohnungsbau sei nicht möglich; die Hingabe von staatlichem Bauholz für 1800 Wohnungen mit 40 000 Festmeter bedeute für die Verwaltung einen Ausfall von 6—8 Milliarden.

Zur Verbilligung des Papierholzes für die Presse unterbreitete der Minister dem Hause folgenden Antrag:

„Zur Linderung der Notlage der Presse sind an die Verleger jener bayerischen politischen Tages- und Wochenblätter, die infolge des Pressenotgesetzes vom 21. Juli 1922 vom Reiche unterstützt werden und zu einer Notkasse der bayerischen Presse sich zusammengeschlossen haben, vom 1. Jan. 1923 an bis auf weiteres aus Mitteln der Staatsforstverwaltung monatliche Zuwendungen in einer Höhe zu gewähren, daß der Preis des Druckpapieres für den Textteil jeweils um 6% mehr gesenkt wird als dies durch die Reichszuschüsse allein der Fall wäre.

Ferner für den Fall, daß durch den Reichszuschuß zuzüglich des Verbilligungsbetrages von 6% eine Senkung des Preises für Druckpapier um 35% nicht erreicht wird, den Zuschuß der Staatsforstverwaltung so zu bemessen, daß unter allen Umständen eine 35%ige Verbilligung herbeigeführt wird.

Diese Zuwendungen in der Voraussetzung zu gewähren, daß hiervon 1% vom 1. April laufenden Jahres an von der Notkasse an die Unterstützungskasse des Landesverbandes der Bayerischen Presse abgeführt wird."

In der Weiterberatung des Forstetats wurden zunächst die Einnahmesummen aus den Nebennutzungen, den Gegenleistungen der Forstberechtigten und den Ersatzleistungen genehmigt. Die hierbei einschlägigen Fragen der Streuversorgung und der Forstrechte wurden nur kurz berührt, da die seit längerem in Ausarbeitung begriffene Denkschrift der Regierung in absehbarer Zeit dem Landtag zugehen wird.

Ein Antrag des Bauernbundes, es möchte den Handwerkern vor den allgemeinen Nutzholzversteigerungen Gelegenheit zum freihändigen Ankauf des Werkholzes gegeben werden, wurde nahezu einstimmig abgelehnt, nachdem die Regierung erklärt hatte, daß dadurch eine rationelle Verwertung des Holzes unmöglich würde. Die Willensmeinung des Ausschusses ging in einem einstimmigen Beschluß dahin, es solle bei der Nutzholzverwertung auf die Versorgung des lokalen Kleinhandwerks entsprechend Rücksicht genommen werden.

Eine längere Aussprache weckte der Antrag der Staatsregierung auf **Bereitstellung von Bauholz für Kleinwohnungsbauten** zu den schon mitgeteilten Preisen.

Die Staatsregierung **lehnte eine allgemeine Zulassung des Tauschverkehrs bei Brandfällen entschieden ab**, weil damit nur den Sägewerksbesitzern und Holzgroßhändlern auf Kosten der Allgemeinheit **ungeheuere Konjunkturgewinne in die Tasche fließen**.

Der Antrag der Staatsregierung wurde daraufhin **einstimmig** angenommen.

Die Etatsansätze für Nebenbetriebe, Jagdertrag und die übrigen Positionen der Einnahmen wurden bewilligt.

Bei den Ausgaben entstand eine eingehende Aussprache zu der Ziffer „**Besoldung der Beamten**". Bei dieser Gelegenheit ersuchte der Berichterstatter, Frhr. v. Freyberg (B.Vp.) die Regierung um Aufschluß über die Notwendigkeit der neuangeforderten Stelle eines Ministerialrates und der weiter angeforderten 18 neuen Beamtenstellen.

In der weiteren Debatte äußerte sich Finanzminister Dr. **Krausneck** über Personalfragen. Die Stelle eines neuen Ministerialrates werde wieder wegfallen, wenn ein Rückgang der Geschäfte eintrete. **Die Sorge der Staatsforstverwaltung gelte nicht nur den höheren Beamten, sondern ebenso auch den mittleren und unteren. Ein Hinüberwechseln vom mittleren Dienst zum höheren Dienst halte er nicht für zweckmäßig**; auch die mittleren Beamten würden ein Hinübergleiten aus dem unteren Dienst in den mittleren Dienst nicht anerkennen. Fälle von einer Paschawirtschaft der höheren Beamten gegenüber dem mittleren Personal seien ihm nicht bekannt. **Die Einziehung weiterer Forstämter sei ein Ding der Unmöglichkeit**, da die Ämter jetzt schon die außerordentlich gewachsenen Aufgaben nur mit Mühe erfüllen können.

*

Bayern

Forderungen der bayerischen Angestelltenschaft

Vom Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften, (Christ.-nat.), Landesausschuß Bayern werden wir um die Aufnahme nachstehender Richtigstellung ersucht:

In einer der Öffentlichkeit unterbreiteten Notiz über die Forderungen der Bayerischen Angestelltenschaft wird bei Aufzählung der Spitzenverbände in irreführender Weise der Gewerkschaftsbund kaufmännischer Angestelltenverbände (G.k.A.) genannt. Damit wird der Anschein erweckt, daß die außer dem G.k.A. dem Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften angehörenden Verbände, insbesonders der christlich-nationale **Verband deutscher Techniker** (Sitz Essen) und der ebenfalls der christlich-nationalen Arbeitnehmer- bzw. Angestelltenbewegung angeschlossene **Deutsche Werkmeisterbund** (Essen) außerhalb dieser Forderungen stehen. Zur Vermeidung von Mißverständnissen wird ausdrücklich festgestellt, daß die der Öffentlichkeit und den Arbeitgeberverbänden zugeleiteten Forderungen in ihrem wesentlichen Inhalt von der größten Organisation des Gesamtverbandes Deutscher Angestelltengewerkschaften, dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband (D.H.V.) ausgearbeitet und in längeren Beratungen von **allen** übrigen Verbänden übernommen worden sind.

Bei den 7er Pionieren

Am Mittwoch, den 18. Juli, hatte das bayerische Pionierbataillon 7, München, in Ingolstadt zu einem Deutschen Abend eingeladen. Der mit den alten deutschen Farben, der Kriegsflagge und den Fahnen der Kriegervereine, vaterländischen Kampfverbände und der Sturmabteilung der N.S.D.A.P. festlich geschmückte Saal des Schäfferbräu machte einen überwältigenden festlichen Eindruck. Den Auftakt des Festes bildete das Erscheinen des **Oberstleutnants Hoffmann** und Oberstleutnants von Königsdorfer, die beide von einem schneidigen Militärmarsch empfangen wurden. Jubelnde Begeisterung erweckte der Einmarsch der Flaggenparade. Voran der Spielmannszug im Stahlhelm, dahinter die alte deutsche Kriegsflagge, begleitet von zwei Offizieren mit gezogenem Degen, und dahinter ein Zug Pioniere mit aufgepflanztem Seitengewehr. Unter den Klängen des altbayerischen Grenadiermarsches marschierte die Abteilung bis in die Mitte des Saales, wo unter präsentiertem Gewehr die Kriegsflagge geehrt wurde. Oberstleutnant von Königsdorfer wies in seiner Rede auf die Erniedrigung Deutschlands hin. Deutschland müsse einig werden, um wieder durch eine starke Wehrmacht zu Macht, Ansehen und Frieden zu gelangen. Mit einem Hurra auf Deutschlands zukünftige Wehrmacht schloß Oberstleutnant von Königsdorfer seine begeistert aufgenommene Rede. Rittmeister Dostler trug Rückerts „Kampfsonette" vor, die begeisterten Widerhall fanden, ebenso der Aufruf, dessen Schluß „Schlagt sie in Fetzen, die Hunde" tosenden Beifall auslösten. Auch der nächste Redner, Herr Eizenberger, der Vorstand der vaterländischen Vereine in Ingolstadt streifte das Elend des deutschen Vaterlandes und führte aus, daß sich Ingolstadt, die alte Schanze Bayerns, schon von frühester Zeit an durch Treue zum Vaterlande ausgezeichnet hätte. Diese Treue hätten auch im Weltkriege viele Ingolstädter durch ihr Herzblut besiegelt. Er wünschte, daß in nicht allzu ferner Zukunft Ingolstadt wieder der alte Waffenplatz eines größeren Deutschlands werden möge. Obermusikmeister Schifferl streute zwischen Reden und Darbietungen schwungvolle Musikstücke ein und begleitete auch in musterhafter Weise die von den Pionieren gestellten lebenden Bilder, die den Ausmarsch 1914, einen Angriff, Verwundete und dann das verbrecherische Treiben der Franzosen an der Ruhr zeigten. Durch das letzte Bild, die Erschießung Schlageters, wurde spontan der tobende Ruf nach Rache ausgelöst. Unteroffizier Schwarz trug in bayerischer Mundart verschiedene heitere Lieder vor, worunter besonders das eine gefiel, in dem das waffenstarrende Frankreich dem wehrlos gemachten Deutschland zuruft: „Moanst, i fircht di, moanst, i fircht di, aber erst lös' d' Sturmabteilung auf." Ein vaterländisches Spiel von Leutnant Streil geschickt verfaßt, schilderte die endliche Einigung Deutschlands zwischen Soldat, Bürger und Arbeiter. Das gut inszenierte Stück wurde mit großem Beifall aufgenommen. Die Stimmung stieg von Stunde zu Stunde und wurde in späterer Stunde ausgedrückt durch das Ehrhardt-Lied, durch den erneuten Schwur und das Schlageter-Lied von Hanfstaengl. Die beiden Regisseure des Abends, Herr Hauptmann Meise und Herr Oberleutnant Höflmayer, dürfen mit Stolz auf diesen wohlgelungenen Abend zurückblicken, von dem jeder Besucher das Gefühl tiefster Befriedigung mit nach Hause genommen haben wird.

*

Bayerische Rundschau

Massenbesuch auf der Zugspitze. In der letzten Woche sind 20 000 Personen auf die 2966 Meter hohe Zugspitze, Deutschlands höchstem Gipfel, gestiegen, also alle zehn Minuten einer, in Lackschuhen, auch in Bügelfalten, die Hälfte Frauen; Männer und Frauen im Gänsemarsch, oft durchnäßt bis auf die Haut, die Unterkunftshütten füllend wie Sardinenbüchsen. Es hat „nur" elf schwere Abstürze mit vier Toten und sieben Schwerverletzten gegeben. Vor 103 Jahren hat Leutnant Naue als Erster den Weg zum Zugspitzgipfel gefunden und die Legende von dessen Unnahbarkeit zerstört. Erst 14 Jahre später folgten die nächsten und wiederum neun Jahre später weitere Besteigungen.

Neustadt a. D., 26. Juli. (Eine feine „Versöhnungsfeier".) In einer Wirtschaft in der Nähe Neustadts trafen sich mehrere gegenseitig nicht gut gesinnte Burschen und zechten. Ein Neustädter Bursche war der Feindseligkeit müde und traf Anstalten zur Versöhnung, die auch zustande kam. Erfreut darüber zahlte der Neustädter drei Faß Bier, die heute eine hübsche Summe darstellen. Als nun der Spender nachts seinen Heimweg antrat, wurde er von seinen „Versöhnungsgenossen" überfallen und mit Zaunlatten schwer mißhandelt. Hut und Stock sowie Prügel blieben am Platze. Sonderbarerweise fehlte dem Überfallenen ein größerer Geldbetrag.

Kempten. (650 Mark Gebühren und 6000 M. Kosten.) Der Stadtrat Kempten hatte für den sogenannten St. Mang-Kommers, den die Akademiker des Algäu in Kempten abhielten, diesen die Vergnügungssteuer nach der Kopfzahl der Teilnehmer auf 3200 M. berechnet, und nachträglich auf 2700 Mark ermäßigt. Die Akademiker beantragten verwaltungsrechtliche Entscheidung. Die Regierung von Schwaben und Oberbayern entschied an erster Instanz unter Aufhebung des Stadtratsbeschlusses. Die Vergnügungssteuer wird auf eine Pauschgebühr von 650 M. ermäßigt, die Kosten für diesen Entscheid betragen 6000 M. — So wie im Kleinen wird auch im Großen gewirtschaftet, und dann wundert man sich z. B. über unser 8½-Billionen-Defizit bei der Reichspost.

Furth i. W., 25. Juli. (Steuerdrückeberger.) Vom Finanzamt Cham wurde der Bäckermeister J. B. Uy wegen Versuchs der Einkommen- und Umsatzsteuerhinterziehung zu einer Geldstrafe von 4½, die Bäckermeister Schießl und Pongratz mit einer solchen von 2½ Millionen Mark bzw. 800 000 Mark belegt.

Nürnberg. (Fränkisches Sängerbundesfest.) Bei dem Fränkischen Sängerbundesfest im Luitpoldhain fand unter Beteiligung tausender Sänger am Samstag eine vaterländische Kundgebung statt. Die Festansprache hielt Justizrat **Mohrhardt** (Eichstätt), welcher es verstand, in meisterhaft aufgebauter Rede alle Herzen zu ergreifen. Nach der in Ruhe und Ordnung verlaufenen Kundgebung fand eine offizielle Begrüßungsfeier in der Festhalle statt, bei welcher Gelegenheit der Staatsanwalt Döring (Bamberg) den Nürnberger Sängern das Bundesbanner übergab. Der Abend verlief unter Musik und Gesang harmonisch. Der sonntägige Festzug nahm einen imposanten Verlauf. Leider ist ein Todesopfer zu beklagen. Metzgermeister **Hausser**, aus der Spitalgasse in Nürnberg, der als Kostümreiter in der Gruppe der Metzgermeister am Sängerfestzug teilnehmen wollte, kam durch das Scheuen seines Pferdes am Hindenburgplatz unter ein schwerbeladenes Bierfuhrwerk zu liegen, welches über seinen Hals und Kopf ging, was den sofortigen Tod zur Folge hatte. Außer einigen kleinen Streitigkeiten verlief der Festzug in Ruhe und Ordnung.

Ausschneiden! — Ausschneiden!

Die neuen Posttarife

Die wesentlichsten Gebühren, die vom 1. August 1923 an im Post-, Postscheck-, Telegraphen- und Fernsprechverkehr innerhalb Deutschlands gelten, sind folgende:

Für Postkarten im Ortsverkehr 200 M., für Postkarten im Fernverkehr 400 M., für Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 400 M., über 20 bis 100 Gramm 600 M., über 100 bis 250 Gramm 1000 M., über 250 bis 500 Gramm 1200 M. Für Briefe im Fernverkehr bis 20 Gramm 1000 M., über 20 bis 100 Gramm 1200 M., über 100 bis 250 Gramm 1500 M., über 250 bis 500 Gramm 1800 M. Für Drucksachen bis 25 Gramm 200 M., über 25 bis 50 Gramm 400 M., über 50 bis 100 Gramm 600 Mark, über 100 bis 250 Gramm 1000 M., über 250 bis 500 Gr. 1200 M., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 1500 M., über 1 bis 2 Kilogramm (nur für einzeln versandte ungeteilte Druckbände zulässig) 1800 M. Für Geschäftspapiere und Mischsendungen bis 250 Gramm 1000 M., über 250 bis 500 Gr. 1200 M., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 1500 M. Für Warenproben bis 100 Gr. 600 M., über 100 bis 250 Gramm 1000 M., über 250 bis 500 Gramm 1200 M.

Für Päckchen bis 1 Kilogramm 2000 M.

Für Pakete

	1. Zone	2. Zone	3. Zone
bis 3 Kg.	2400 M.	4800 M.	4800 M.
über 3 bis 5 Kg.	3600 M.	7200 M.	7200 M.
über 5 bis 6 Kg.	4200 M.	8400 M.	12600 M.
über 6 bis 7 Kg.	4800 M.	9600 M.	14400 M.
über 7 bis 8 Kg.	5400 M.	10800 M.	16200 M.
über 8 bis 9 Kg.	6000 M.	12000 M.	18000 M.
über 9 bis 10 Kg.	6600 M.	13200 M.	19800 M.
über 10 bis 11 Kg.	7500 M.	15000 M.	22500 M.
			usw.
Für Zeitungspakete über 5 Kg.	1800 M.	3600 M.	3600 M.

Für Postanweisungen bis 10 000 M.: 800 M., über 10 000 bis 50 000 M.: 1000 M., über 50 000 bis 100 000 M.: 1200 M., über 100 000 bis 200 000 M.: 1800 M., über 200 000 bis 300 000 M.: 2400 M., über 300 000 bis 400 000 Mark: 3000 M., über 400 000 bis 500 000 M.: 3600 M., über 500 000 bis 750 000 M.: 4200 Mark, über 750 000 bis 1 000 000 M.: 4800 M. (Meistbetrag ist von 500 000 M. auf 1 000 000 Mark erhöht.)

Die Einschreibgebühr ist auf 1000 M., die Vorzeigegebühr für Nachnahmen und Postaufträge auf 800 M. festgesetzt.

Für die Eilzustellungen sind bei Vorauszahlung zu entrichten: nach dem Ortszustellbezirk für eine Briefsendung 2000 M., für ein Paket 3000 M.; nach dem Landzustellbezirk für eine Briefsendung 3000 M., für ein Paket 5000 M.

Für bar eingezahlte Zahlkarten bis zu 10 000 Mark einschl. 200 M., über 10 000 bis 50 000 M.: 250 M., über 50 000 bis 100 000 M.: 300 Mark, über 100 000 bis 200 000 M.: 450 M., über 200 000 bis 300 000 M.: 600 M., über 300 000 bis 400 000 M.: 750 M., über 400 000 bis 500 000 M.: 900 M. usw.

Im Telegraphenverkehr sind die wichtigsten Gebühren: für Ferntelegramme: Grundgebühr 1600 M. und außerdem für jedes Wort 800 M., für Ortstelegramme: Grundgebühr 800 M. und außerdem für jedes Wort 400 M., für Zustellung bei ungenügender Anschrift 2400 M.

Die Auslandsgebühren betragen vom 1. August 1923 an: für Postkarten 1800 M., jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei 1400 M., für Briefe bis 20 Gramm 3000 M., jede weiteren 20 Gramm (Meistgewicht 2 Kilogramm) 1800 M., jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei bis 20 Gramm 2400 M., jede weiteren 20 Gramm 1800 M., für Drucksachen für je 50 Gramm 600 M., für Blindenschriftsendungen für je 500 Gramm 300 M. (Meistgewicht 3 Kilogramm), jedoch nach Tschechoslowakei und Ungarn für je 1 Kilogramm 1 M., für Geschäftspapiere für je 50 Gramm 600 M., mindestens 3000 M., für Warenproben für je 50 Gramm 600 M., mindestens 1200 M. Eilzustellgebühr für Briefsendungen 6000 M. Einschreibgebühr 1000 M. Rückscheingebühr 1000 Mark. Vorzeigegebühr für Nachnahmen auf Briefsendungen (vom Absender zu entrichten) 600 M. Gewichtsgebühr für Wertkästchen für je 50 Gramm 1200 M., mindestens 3000 M. (dazu Einschreibgebühr von 1000 M.), Versicherungsgebühr für Wertbriefe und Wertkästchen, für je 600 000 M.: 1000 M.

Postanweisungsgebühr bis 200 000 M.: 2000 Mark, über 200 000 bis 400 000 M.: 4000 M., jede weiteren 400 000 M.: 2000 M., jedoch nach England, den britischen Kolonien und den britischen Postanstalten im Auslande für jede weiteren 400 000 M.: 4000 M.

Nachnahmegebühren für Pakete 2000 M. für je 200 000 M. des Nachnahmebetrages.

Fernsprechgebühren: Die Jahresgrundgebühren für einen Fernsprech-Hauptanschluß bleiben bis Ende September unverändert. Für ein Ortsgespräch von einer Teilnehmerstelle aus 500 M. Für ein Ortsgespräch von einer öffentlichen Sprechstelle aus 1000 M. Für ein Ferngespräch von nicht mehr als 3 Minuten Dauer bei einer Entfernung bis zu 5 Kilometern einschl. von einer Teilnehmerstelle aus 500 M., von einer öffentlichen Sprechstelle aus 1000 M., von mehr als 5 bis 15 Kilometern einschl. 1500 M., von mehr als 15 bis 25 Kilometern einschl. 2300 M., von mehr als 25 bis 50 Kilometern einschl. 3000 M., von mehr als 50 bis 100 Kilometern einschl. 3000 Mark, für jede weiteren angefangenen 100 Kilometer mehr 3000 M.

Aus dem Gerichtssaal

Der „Vorwärts"-Spitzelprozeß

München, 26. Juli.

Unter der Anklage der Anstiftung zum Mord hatte sich am Donnerstag vor dem Volksgericht in der Au der 1890 zu Posen geborene, geschiedene „Zeitungskorrespondent" Franz Olaf von Puttkammer zu verantworten. Die Anklageschrift legt ihm folgendes zur Last:

Puttkammer ist Korrespondent des „Vorwärts" und hat es verstanden, **sich in die zu den Nationalsozialisten** zählende Münchener Roßbachgruppe einzuschleichen, um die Ziele des Verbandes zu erkunden und von dem Ergebnis seiner Forschung seine Zeitung benachrichtigen zu können. Bei der Roßbachgruppe erregte der Student Karl Bauer aus Wismar, der ihn für gleichgesinnt hielt, und ihm volles Vertrauen schenkte, seine Aufmerksamkeit dadurch, daß er ihm den Eindruck eines Menschen machte, der politische Gewalttätigkeiten für die nächste Zukunft vorzuhalten haben schien. Um Näheres hierüber zu erfahren, lud Puttkammer den Bauer für den 10. Januar zu einer Dampferfahrt auf dem Starnberger See ein. Dort erzählte er dem Bauer, um ihm die Zunge zu lösen, daß er bereit sei, politischen Flüchtlingen in seiner Wohnung Unterschlupf zu gewähren. Darauf erzählte ihm Bauer in durchaus ernstgemeinter und auch ernst zu nehmender Weise, daß er die Absicht habe, den früheren Reichskanzler und nunmehrigen Oberbürgermeister von Kassel, Scheidemann, zu ermorden und weihte ihn auch in die näheren Einzelheiten seines Planes ein.

Puttkammer sprach gegenüber Bauer zu diesem von ihm als ernstlich erkannten Plan seine Zustimmung aus und stellte ihm die Übergabe eines Revolvers zur Ausführung des Attentats in Aussicht, desgleichen die Aushändigung von Reisegeld zu einer Fahrt nach Berlin, die der Vorbereitung des Attentats dienen sollte. Als Bauer dem Puttkammer erzählte, daß er Freitag, den 19. Januar, abends, zur Ermordung Scheidemanns abreisen wolle und ihm dabei mitteilte, daß Scheidemann in Augsburg sei, widerrief Puttkammer, obwohl diese Nachricht auch ihm wiederum einen durchaus ernst zu nehmenden Eindruck machte, das dem Bauer gemachte Angebot eines Unterschlupfes in seiner Wohnung nach durchgeführtem Attentat nicht nur nicht, sondern gestattete ihm ausdrücklich, vor der Abreise seine Brieftasche und seine Anzüge bei ihm zu hinterlegen. Alle diese Äußerungen mußten bei dem zur Tat entschlossenen Bauer den Eindruck erwecken, daß Puttkammer seinen Attentatsplan nach Kräften unterstütze und wünsche, daß er die Tat begebe. Diesen Eindruck wollte Puttkammer auch erzielen.

Soweit die Anklageschrift. Puttkammer, der nach der Verhaftung gegen Stellung einer Sicherheitsleistung auf freien Fuß gesetzt worden war, befindet sich wegen eines Vergehens nach § 175 neuerdings in Untersuchungshaft. Den Vorsitz in der Verhandlung führt Oberlandesgerichtsrat Horwitz, die Anklage vertritt 2. Staatsanwalt Müller. Puttkammer wird von Rechtsanwalt Nußbaum verteidigt. (Natürlich!)

Ein vom Verteidiger nach Verlesung der Anklageschrift gestellter Antrag, den Fall dem Staatsgerichtshof zu überweisen, wird vom Staatsanwalt bekämpft, die Beschlußfassung wird vom Gericht zurückgestellt.

Das Verhör des Angeklagten ergibt, daß er nach Besuch der Universität im Feld an der Front verwundet wurde, sich nach dem Krieg der Politik zuwandte und Mitglied der sozialdemokratischen Partei ist. Die Darstellung der Anklage gibt er als im wesentlichen richtig zu, seine Beweggründe seien aber ganz andere gewesen. Ihm sei es vor allem darauf angekommen, das Attentat zu verhindern. Die Berichte hat Landrichter Hirschberg in Berlin erhalten, von den wichtigeren hat auch Abg. Auer einen Durchschlag bekommen; finanzielle Zusendungen habe er dafür nicht erhalten. Die Zusage der Waffe für das Attentat habe er alsbald eingeschränkt und späterhin ganz zurückgezogen. In den Kreisen der Roßbachleute fand Puttkammer als Sohn eines Generalmajors und Adeliger als vermeintlicher Gesinnungsgenosse Eingang. Daß der Angeklagte die Polizei nicht verständigt hat, erklärt er damit, daß Bauer doch geleugnet hätte und daß er — Puttkammer — der Münchener Polizei kein Vertrauen entgegenbrachte. Puttkammer hat sich den Bauer auch als Informationsquelle warm halten wollen. Bauer sollte erst beim Herumschleichen um die Scheidemannvilla verhaftet werden.

Aus den Berichten Puttkammers gewinnt man bei der Verlesung durch das Gericht einen höchst ungünstigen Eindruck von Bauer, der bekanntlich inzwischen ermordet wurde; er scheint eine überspannte, hemmungslose Persönlichkeit gewesen zu sein und hat den Puttkammer sehr häufig als Geldquelle beansprucht. Größere Mittel auf einmal hat er nicht erhalten, damit er selbst nicht das Attentat fördern konnte. Puttkammer behauptet auch, er habe die anderen Versprechungen dem Bauer nur deshalb gemacht, um ihn ständig unter Kontrolle zu halten.

Scheidemann hat den Puttkammer als einen Menschen bezeichnet, der sich in der Rolle eines Sherlok Holmes gefalle. Das mit Bauer bei seiner Verhaftung aufgenommene Protokoll erweist, daß Bauer die feste Absicht hatte, die Tat auszuführen, von Roßbach aber davon zurückgehalten wurde.

Die Zeugin Rau bekundet, die Berichte seien regelmäßig auch Auer zugegangen, der den Puttkammer finanziell unterstützte; Auer habe als „Martin" fungiert, Hirschberg als „Mischa", der R.A. Levinger als „Leopold". Kriminalkommissär Weiß bekundet, Bauer habe erklärt, er habe den Plan aus sich heraus gefaßt und sei von niemand angestiftet worden. Der Zeuge Hirschberg hat die Berichte jeweils in mehreren Exemplaren erhalten; er ist damit immer sofort zum Staatskommissär für die öffentliche Ordnung in Berlin gegangen. Puttkammer habe eine gutbezahlte Stellung in Breslau aufgegeben, um seinen politischen Neigungen in München leben zu können. Parteisekretär Nimmerfall hat einen Bericht, in dem von dem Attentat auf Scheidemann die Rede war, nach Berlin mitgenommen und dem Staatskommissär übergeben.

Der Antrag des Staatsanwaltes, der die Anklage in vollem Umfange aufrechterhielt, lautete auf 8 Monate Gefängnis. Der Verteidiger beantragte Freisprechung.

Das Gericht verurteilte den „Vorwärts"spitzel wegen eines Vergehens der Aufforderung zum Morde in Tateinheit mit einem Vergehen der Aufforderung zur Begehung von Gewalttätigkeiten zu einer Gefängnisstrafe von 8 Monaten sowie einer Geldstrafe von 500 000 Mark und Tragung der Kosten.

Aus der Urteilsbegründung ist hervorzuheben, daß Puttkammer, der marxistische, sozialdemokratische Agentprovokateur, das Leben seines Oberbonzen Scheidemann gefährdete. Das Gericht hebt hervor, daß ebenso wie der Angeklagte auch der Staatskommissar für Ordnung und Sicherheit in Berlin es unterließ, die Polizeibehörde München und Augsburg, wo Scheidemann in der fraglichen Zeit weilte, von dem Plane des Anschlags zu unterrichten.

Die Strafe ist für den Kerl außerordentlich mäßig ausgefallen.

Aus der Bewegung

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Deutscher Abend

Die 1. Kompagnie unserer S.A. veranstaltete am 25. Juli im Bürgerbräukeller zugunsten des Schlageter-Denkmals einen Deutschen Abend, der außerordentlich zahlreichen Besuch aufwies.

Die Vortragsfolge, deren Ausführung an Stelle der (wie man erfahren konnte, von den Gewerkschaften verhinderten) Kapelle der Landespolizei, in letzter Stunde die Kapelle Krug übernommen hatte, wurde eingeleitet durch den „Festmarsch zu Ehren deutscher Helden" und Klängen aus „Rheingold". Unter klingendem Spiel marschierten hierauf die Ehrengruppen mit der Standarte in den Saal, worauf der Kompagnieführer die Gäste begrüßte, wobei er darauf hinwies, daß es infolge politischer Maßnahmen nicht möglich gewesen sei, die Feier in der erstmals geplanten Form durchzuführen. U. a. hatten auf der Plakatierung die Worte „S.A." und „Kompagnie" das Mißfallen der hohen Polizei erregt.

Unser Vaterland ist an Leib und Seele krank, unsere Waffen sind gestohlen und zerschlagen; wir wurden besiegt, weil wir den Willen zum Sieg verloren hatten und auf Vaterland und Herrgott vergaßen. Heute kann uns nur mehr heiße Liebe zum Vaterland und unbeugsamer Wille zur Freiheit retten. Im Gedenken an Schlageter müssen wir uns verpflichten, sein Werk und das Werk der vielen Helden, die ihre Pflicht bis in den Tod erfüllten, fortzusetzen, damit sie nicht um Leben und Tod betrogen werden. Die Augen aufs Ziel, die Herzen zu Gott erhoben, und unsere Tat wird der Sieg sein!

Schneidige Märsche und vaterländische Lieder füllten bis zum Eintreffen unseres Führers die Vortragsfolge aus. Pg. Cäsar Beck vom Münchner Volkstheater begeisterte mit ausgezeichneten Rezitationen seine dankbaren Zuhörer, unter denen Fritz von Ostinis „Zum 30. Juni" und Felix Dahns „Deutsches Lied" Beifallsstürme entfesselten.

Inzwischen war unser Führer Adolf Hitler von den Ehrengruppen in den Saal geleitet worden und trat, begeistert empfangen, unter brausenden Heilrufen auf die Rednertribüne.

Er führte aus:

Vor einigen Tagen ging eine unscheinbare Meldung durch die Presse, man sei von seiten der Regierung bereit, gegen gewisse Garantien der Räumung den passiven Widerstand aufzugeben. Was heißt denn Garantien? Garantien müssen mit Machtmitteln erzwungen sein. Wir haben schon einmal im Vertrauen auf solche Garantien leichtgläubig unsere Zukunft aufs Spiel gesetzt und haben die Waffen niedergelegt — das waren die Garantien der 14 Punkte. Diese Garantie ist längst verflogen; so wird es diesmal wieder sein.

Deutschlands Unglück in den letzten vier Jahren war ja diese unbegreifliche Einstellung seiner Regierung: feig, phantasielos, auf das „ewige Recht, das irgendwo in den Sternen flimmern sollte", vertrauend, hat man versagt, von der eigenen Kraft alles zu erwarten. Feigheit und Dummheit sind nicht zu trennen. Dummheit ist es, zu glauben, man könne der Entscheidung mit Feigheit aus dem Wege gehen. Aber man wird um diese Entscheidung nicht herumkommen.

Was hätte man vor zwei Jahren, was hätte man vor einem Jahre noch leisten können, wo das Ruhrgebiet und Oberschlesien diese unerschöpflichen Kraftquellen, in unserem Besitze waren. Aber ehe es unserem deutschen Volke nicht zum Bewußtsein kommt, daß es nur von der eigenen Kraft etwas zu erhoffen hat, und daß sich niemand auf der ganzen Welt um sein Schicksal kümmert, wird es nicht anders.

Heute verzagen die einen, die anderen glauben an ein Wunder. Aber es genügt nicht, sich auf Propheten zu verlassen. Die junge deutsche Freiheitsbewegung, deren Kern die nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei bildet, unterscheidet sich von diesen, wie auch von all denen, welche selbst in den Wehrverbänden vereinigt sind. Sie steht auf dem Boden des Machtgedankens und vereinigt den Machtgedanken mit dem politischen Willen unter rücksichtslosem Einsatz aller Kräfte. Sie hat für sich die historische Wahrheit und die Not des Volkes, welche mit Naturnotwendigkeit einmal einen gewaltsamen Ausbruch nehmen wird. Heute stehen Tausenden von Genießern, von Spekulanten und Schiebern Millionen von Notleidenden gegenüber, in deren Mitte aber sehen wir Tausende von fanatischen Idealisten, denen das Ideal der Freiheit über alles geht. Das Fürchterlichste in unserer gegenwärtigen Lage ist die innere Versklavung. Diese innere Versklavung lähmt unser Volk und bindet es und hat zur Folge: Frankreichs Joch kann nie abgeschüttelt werden ohne ihre Beseitigung. Dem Kampf um Rhein geht ein Kampf um Deutschland voraus. Jeder Kämpfer aber muß davon überzeugt sein: Wenn du stirbst, stirbst du für deines Vaterlandes Befreiung. Aber mit dem Volke von heute schlägt man keine Schlachten, auch nicht im Parlament und professionaren Konferenzen. Die sittliche Wiedergeburt kann nur die Folge eines großen Ereignisses sein. Sie erfolgt in dem Augenblick, wo der Kampf losbricht zwischen Hakenkreuz und Sowjetstern.

Die deutsche Jugend hat ihrem Vaterland gegenüber die höchsten Verpflichtungen. Ihre beste Ausbildung liegt nicht in der militärischen Erziehung, sondern in der Erziehung des Charakters und der Gesinnung. Deshalb muß die deutsche Jugend teilnehmen an der deutschen Freiheitsbewegung. Die Jugend ist Trägerin idealer Gesinnung und hat die Pflicht, sich für die Ideale unseres Programms einzusetzen. Man mache uns nicht zum Vorwurf, daß unser Programm unfruchtbar und idealistisch sei, denn in der Tat werden die Völker regiert durch Ideale oder durch Lumperei. So wird der Einsatz unserer Jugend für die Ideale unseres Programms seine Früchte tragen. Subjektiver Fanatismus soll das Ziel unserer Erziehung sein; nicht zur Ästhetik und Humanität, auch nicht zum Predigen- und zum Maulheldentum sollen unsere Jungen erzogen werden, sondern dazu, daß sie aus dem Innersten heraus ihre ganze Kraft in den Dienst ihres Vaterlandes stellen. Für die Eltern aber muß das Wort gelten: Stellt eure Söhne in den Dienst unserer Sache. Es hat noch immer als Wahrheit gegolten, wenn auch als bittere Wahrheit: Opfert ihr vieles, so wird euch vieles verbleiben. Opfert ihr nichts, so wird euch nichts gelassen werden! Dies gilt auch für die Eltern und für die Erziehung der Kinder im Geiste der Vaterlandsliebe. In diesem Sinne wird dann das schöne Dichterwort sich erfüllen: „Und setzt Ihr nicht das Leben ein, nie wird euch das Leben gewonnen sein!"

Brausender, nicht endenwollender Beifall lohnte unserem Führer Adolf Hitler seine packenden, jedem zu Herzen gehenden Worte, die wohl auch den vielen Gästen, welche an diesem Abend so zahlreich zugegen waren, immer unvergeßlich bleiben werden.

Den Rest der Vortragsfolge füllten vaterländische Musikstücke, Rezitationen (darunter Paul Schönherrs „Tiroler Bauern von 1809", vorgetragen von Herrn Anton Abele) und die Vorführung des Schlageter-Films, der den Abend gegen Mitternacht in gehobener vaterländischer Stimmung ausklingen ließ.

*

Sektionsversammlungen:

Sekt. Pinakothek-Schwabing. Unser neues Lokal für Sektionsversammlungen ist Restaurant „Franz Josefshof", Franz Josefstr. 45, Ecke Kurfürstenstraße, und zwar finden unsere Sprechabende jeden Freitag statt. Der nächste Sprechabend ist Freitag, den 27. Juli 1923. An alle Mitglieder ergeht die dringende Mahnung, die Sprechabende fleißig zu besuchen.

*

Achtung! Referenten!

Sämtliche Herren Referenten der Partei mit Ausnahme der im Urlaub befindlichen, werden zu einer dringenden Besprechung auf Montag, den 30. Juli, nachmittags 5 Uhr, in die Schriftleitung des „V. B.", Schellingstraße 39/I, gebeten.

*

Mitteilungen auswärtiger Ortsgruppen

Ellwangen. Im Kreise der Ellwangener Parteigenossen und Beobachterfreunde hielt vor kurzem Parteigenosse Hottmeyer, Göppingen, einen Vortrag über Wesen und Ziele der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und dem Verhältnis zu den Parteien, hauptsächlich der Sozialdemokratie, der von den Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen und in dessen Folge auch hier, in der Hochburg des württembergischen Zentrums, eine Ortsgruppe ins Leben gerufen wurde. Wir hoffen, und werden durch kräftige Werbung alles daransetzen, daß sich aus dem kleinen Stamm rasch ein großer Baum entwickelt.

Schwäbisch-Hall. Mitten in den Vorbereitungen auf unseren Vaterländischen Abend begriffen, wurden wir durch die Aufhebung des Versammlungsverbots angenehm überrascht und konnten nun alle Deutschgesinnten öffentlich einladen. Sie und insbesondere unsere Mitglieder aus Hall und näherer Umgebung waren in großer Zahl erschienen. Der Parteileitung muß die Anerkennung gezollt werden, daß sie eine reiche Folge von musikalischen und anderen Vorträgen darbot. Stücke für Klavier und Geige wechselten mit Einzelgesängen einer Sängerin, sowie mit Klaviereinzelstücken in bunter Reihe. Drei Gedichte („Der Blinde von 1914", Körners „Bundeslied vor der Schlacht", sowie J. G. Fischers 1849 gedichtetes Lied „Nur einen Mann aus Millionen", das auf heute paßt, wie wenn es eben erst gedichtet wäre) wurden von jungen Parteigenossen trefflich zum Vortrag gebracht. Eine hübsche Einlage bildeten Volkstänze und Buben und Mädeln der Jugendbewegung ausgeführt. Im Mittelpunkte stand die Ansprache unseres Pg. Herrn Professor Mergenthaler. In markigen Worten, die von Begeisterung durchglüht waren, brachte Pg. M. zum Ausdruck, wie wir aus tiefster, immer schneller sich steigernder Not, an der die Novemberverbrecher und die jüdischen Weltverführer die Schuld trügen, zu denen emporschauten, die in Krieg und Sieg bewährt, ihren Verstand von Umnebelung rein erhalten haben und uns Führer in eine bessere, deutschere Zukunft sein wollen. Besonders deutlich kam auch unsere Kampfstellung gegen die jüdisch-marxistischen Arbeiterverführer zum Ausdruck, die Tatsache, daß unser Kampf nicht gegen, sondern für den Arbeiter und alle schaffenden Stände geführt wird. Bei Erwähnung der Namen Ehrhardt und Hitler erscholl donnerndes Heil. Nicht endenwollender Beifall folgte den Worten unseres Führers. Eine besondere Freude bereitete uns der Umstand, daß ein zufällig hier anwesender Pg. aus Nürnberg Grüße und Wünsche der dortigen Parteigenossen überbrachte, die wir auch auf diesem Wege mit einem donnernden Heil erwidern. So haben wir uns wieder Mut und Freudigkeit gesammelt für den nunmehr öffentlichen Kampf gegen die Feigheit, Gleichgültigkeit und Dummheit unserer meisten Mitbürger, die vor dem Bolschewismus am liebsten den Kopf in den Sand stecken möchten — wie der Vogel Strauß!

Der Einheit der Stimmung verlieh der gemeinsame Gesang des Hitler-Sturmmarsches, des Deutschlandlieds und des Ehrhardt-Lieds Ausdruck.

Ein „unerlaubter Aufzug"

Unser Pg. Friedrich Engel war am Montag vor das hohe Volksgericht in der Au zitiert, wegen „Veranstaltung eines unerlaubten Aufzuges". Die Veranstaltung eines unerlaubten Aufzuges bestand darin, daß unser Pg. am 27. Mai im Auftrag der Parteileitung zu einer Versammlung in Feldkirchen 30 Mann als Versammlungsschutz führte. Und man höre: nach der Anklageschrift trug die Mannschaft dieses Zuges Leibriemen, teilweise sogar Stahlhelme und — was ganz unerhört ist — an der Spitze des Zuges wurde die Hakenkreuzfahne getragen. Derartige „Aufzüge" seien aber durch die Verordnung vom 11. Mai ohne polizeiliche Erlaubnis verboten. Da es sich aber bei den 30 Mann selbstverständlich nicht um einen Aufzug im Sinne der genannten Verordnung mit irgendeinem Demonstrationszweck handelte, wurde der Zug auch nicht von einem Polizeiorgan beanstandet. Der „Münchener Post", die ja seit Jahr und Tag von nichts anderem lebt als von Denunziation und Spitzeltum, blieb es vorbehalten, die bedeutungslose Angelegenheit vor den Staatsanwalt zu bringen. Natürlich in einer Form, wie es ihrem ungewaschenen Lügenmaul entspricht: aus den 30 Mann machte sie 70, aus den Leibriemen „schwere Bewaffnung". Im übrigen sprach sie von Provokationen der Hakenkreuzler. Von dem Verteidiger unseres Pg., R.-A. Roder, wurde der „M. P." im Gerichtssaal wieder einmal ihre Lügenfratze heruntergerissen. Die polizeilichen Erhebungen hatten nämlich ergeben, daß, soweit Provokationen vorgekommen sind, diese von Marxisten in dem bei ihnen üblichen Sauherdenton ausgegangen sind.

Unser Pg. wurde verurteilt — zu 100 000 M. Geldstrafe —, natürlich bloß deshalb, weil das Gericht doch nicht eine Verordnung des Herrn Schweyer desavouieren darf. Immerhin freut es uns, daß das Gericht vor Herrn Schweyer offenbar nicht den Mordsrespekt hat wie der Staatsanwalt am Volksgericht München I, der gleich 1 Million Geldstrafe verhängt wissen wollte. Das Urteil begründete die Strafe damit, daß auf eine nachdrückliche Handhabung der Verordnung hingearbeitet werden müsse — im Interesse des inneren Friedens. Ein wahrhaft trauriges Bekenntnis! Was hat Herr Schweyer bis heute Positives im Interesse des inneren Friedens geleistet? Nichts, aber rein gar nichts.

Statt dessen macht er Jagd auf das Hakenkreuz. Kein Wunder also, wenn auch die Richter so tun, als ob sie den Anblick dieses Flammenzeichens nicht vertragen könnten. Der Vorsitzende forderte demgemäß unseren Pg. gleich zu Anfang auf, sein Abzeichen zu entfernen, da es vor Gericht nicht gestattet sei, mit Abzeichen zu erscheinen. Wir verzeichnen das als Episode aus einer Zeit, in der es „deutsche" Regierungen gab, denen die Bekundung deutscher Gesinnung ohne jede Einschränkung ein Greuel war. Es wird einmal eine — wenig rühmliche — Episode gewesen sein, denn andere Zeiten stehen vor der Tür!

*

Vom Schwarzwald. Vom Samstag auf Sonntag, den 14. Juli, fand auf dem Fohrenbühl bei Lauterbach die längst geplante Sonnwendfeier mit Gefallenenehrung, veranstaltet von den benachbarten Ortsgruppen des württembergischen und badischen Schwarzwaldvereins, statt. Die Einladungen mit Veranstaltungsfolge waren längst ergangen, auch in der Presse wurde auf die Feier aufmerksam gemacht und geworben.

Wie bekannt, liegt es einer allerhöchsten Staatsregierung im Musterländle Baden ungemein am Herzen, den granitenen Unterbau des Staates nicht erschüttern oder gar unterhöhlen zu lassen. Getreu seiner beschworenen Pflicht als Staatslenker und Hüter der öffentlichen Ordnung im ehemaligen Großherzogtum Baden, schöpfte dessen derzeitiger Leiter, Herr Adam Remmele, bösen Verdacht.

Sonnwendfeier — Gefallenenehrung — vaterländische Veranstaltung — Ha! Sucht euch einen Dümmeren. Mich täuscht ihr nicht, verfluchte Nationalsozialisten — Putschisten — Kappisten, dachte Herr Adam.

Flugs wurden die verschiedenen Bezirksämter im verseuchten Gebiet unter die Waffen gerufen, zur Hexenverbrennung. Fieberhafter Eifer an allen Ecken und Enden. Generalmarsch — Der Feind, die Franzosen — Verzeihung: Die Nationalsozialisten wollen die Grenze überschreiten. Gendarmerie 'rraus!!! Auch Adam schnallte sich Patronentasche und Säbel um, man war nicht umsonst während des Krieges an der Front in Villingen. Man hat gelernt den Feind zu beschleichen und zu vernichten; selbst unter Einsatz des Lebens.

Mit einem Dutzend Kriminalbeamter begab er sich persönlich auf den Kriegsschauplatz, in wohltuendem Gegensatz zu verflossenen Staatshäuptern. Nur über meine Leiche ihr Lumpen, dachte Adam. In Wolfach angekommen, letzter Kriegsrat. Einer der Kampfgenossen aus dem bedrohten Gebiet erläuterte die Aufmarschlinien, und dabei stellte sich heraus, daß das voraussichtliche Schlachtfeld in der Republik Württemberg liegt.

Das Ganze halt! Entladen! Mündungsdeckel zu! Kehrt, ohne Tritt marsch! Heim! Maulhalten!

Die ahnungslosen Schwarzwaldvereinler hatten natürlich keine Ahnung, welches Gewitter sich über ihren Häuptern ballte, sind doch alle brave Bürger und gute Wäldler.

Sie haben es sich jedoch selbst zuzuschreiben, wenn sie knapp dem Tode entgangen sind. Wie kann man auch in einer öffentlichen Einladung Worte wie „vaterländische Veranstaltung", „Gefallenenehrung", „Sonnwendfeier" usw. gebrauchen, bei deren Kenntnisnahme jedem braven Staatsbürger neuerer Richtung gewisse Schließmuskeln den Gehorsam verweigern.

Handel, Finanz- und Wirtschaftspolitik

Bilanzunfug

In der letzten Zeit gelangten die Abschlüsse der „deutschen" Großbanken Diskontogesellschaft, Deutsche und Dresdener Bank zur Veröffentlichung. Die Bilanz der Darmstädter ist vor etwa vierzehn Tagen der Öffentlichkeit übergeben worden.

Sehr bezeichnend an ihnen ist vor allem, daß (wie von verschiedenen Seiten gerügt wird) genaue Mitteilungen über Umfang der Devisenbestände bzw. Größe der Devisenkonten unterblieben sind. Damit fällt jeder Versuch, die tatsächlich vorhandenen Geldwerte zu erkennen, von vornherein zusammen.

Folgerichtig allerdings sind dann die Sachwerte notiert, die mit außerordentlich geringen Beträgen zu Buch stehen. Die Dresdner weist z. B. ihre Bankgebäude mit 55 Millionen aus, die Deutsche ihre Paläste mit 40 Millionen. Man kann diese Bewertung nicht anders als „äußerst vorsichtig" nennen, besonders wenn man bedenkt, daß ein Einfamilienhaus, passabel gering geschätzt, weit über 100 Millionen kostet.

Ähnlich steht es mit der Bewertung der Effettenbestände. Man kann doch nicht ableugnen, daß die Industriepapiere der Großbanken (von denen sicher ein hinlänglicher Teil den Millionenprozentsatz weit überschritten hat) mit ein paar hundert Millionen beschrieben nie und nimmer ein tatsächliches Bild von der Beteiligung an industriellen Unternehmungen geben.

Die Abschlüsse lassen also, besonders nach der Zeit ihrer Tätigung einsetzenden Geldentwertung, keinen Schluß auf die Vermögensverhältnisse der Großbanken zu. Ohne nur an Bilanzverschleierung zu denken, wollen wir uns darauf beschränken, zu behaupten: Daß ein Abschluß heute nichts anderes ist als ein Trugbild, ein Spiegelbild falscher, beliebig erstellbarer Werte, das keinen Sinn und keine Bedeutung mehr hat und nur dazu dienen muß, die tatsächlichen Vermögensverhältnisse absichtlich zu verschleiern. Die seit unserer rapiden Geldentwertung eingerissene, oft bewußte Verwirrung und Vermengung von Papiermark- und Goldmark-Konten trägt weiterhin dazu ein gerütteltes Maß bei.

Längst schon gibt es eine eigene Literatur über Bilanzierung, welche sich die Aufgabe setzt, Grenzen zwischen „erlaubter" und „unerlaubter" Bilanzverschleierung festzustellen. Man hat sich auf die Formel geeinigt: Verschweigen kann ein Gebot kaufmännischer Notwendigkeit oder geschäftlicher Anstandspflicht sein. Damit ist den Paragraphen des Gesetzes und ihrer Auslegung Genüge getan.

Von all dem abgesehen, sind die heutigen Aktionäre (die nach Entwicklung des Spekulationswesens der Gegenwart nur wenig Verständnis für einen Betrieb oder ein Unternehmen haben können, dessen Anteilseigner sie vorübergehend sind) meist nicht in der Lage, die Bilanz kritisch zu prüfen. Auch in dieser Beziehung sieht sich die Berichterstattung der Unternehmungen durchaus in der Lage, lediglich mit Formalitäten aufzuwarten.

Der schnelle Besitzwechsel der Anteilscheine hat einen neuen Typus von Aktionären künstlich gezüchtet, die zum Unternehmen keine näheren Beziehungen mehr haben, die mit ihrem Vermögen nicht mehr für dessen wirtschaftliche Fundierung haften und die durchaus spekulations-kapitalistisch eingestellt sind.

Hier liegt der dunkelste Punkt des modernen leihkapitalistischen Systems: die Verteilung der Besitztitel ist durch die Popularisierung des Effektenwesens auf eine ungeheure breite Grundlage gestellt. Auch der Festbesoldete, der Lohn- und Gehaltsempfänger trachtet heute nach Wertbeständigkeit seines Arbeitseinkommens und sieht sie anscheinend durch chronische Effektenhochbewegung gewährleistet. Die Finanzpolitik der Steuerinflation wacht als schützender Genius seit Jahr und Tag über den Verbesserungsprozeß unseres Wirtschaftsstoffes.

Der Aktionär von heute bringt also meist nicht die kritische handelstechnische Schule mit, um den Geschäftsbericht „seines Unternehmens" zu beurteilen. Bekanntlich wird die Bilanz der Unternehmungen genau nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches aufgestellt. Doch zeigt die Praxis der Geschäftsberichte im Spiegel des Wirtschaftslebens, daß die Paragraphen des H.G.B. längst auf den Galerieton einer grauen Vorzeit gestimmt sind. Einzelne Geschäftsberichte der letzten Zeit geben dies sogar selbst zu. Zum Beispiel die Hagener Akkumulatorenfabrik, welche schreibt: „Alle kaufmännischen Zusammenstellungen über Bestellungseingang und getätigten Umsatz, über Gehalts- und Lohnzahlungen, über Unkosten und Investierungen, in Papiermark ausgedrückt, sind für die Beurteilung wertlos. Solche Bilanzen sind ... direkt irreführend."

Die Handelspresse lehnt es längst ab, zu solchem Bilanzgebaren ohne Kommentar Stellung zu nehmen. Sie beansprucht für sich das Recht, die Richtigkeit der Verbuchungen ihren Lesern als äußerst zweifelhaft hinzustellen.

Nur das Steueramt beharrt noch in seiner rührenden Gutgläubigkeit den Abschlüssen gegenüber und wird es anscheinend noch lange so halten. Und hierin beruht anscheinend der tiefste Sinn unserer gegenwärtigen Steuergesetzgebung.

*

Von der „DIMA"

Es gibt eine „Deutsch-italienische Markverwertungs-Aktiengesellschaft". Sie erwirbt deutsche Häuser und Grundstücke vermittelst italienischer Zahlungsmittel unter Ausnutzung des Marksturzes. Ihr Prospekt weist neben anderen interessanten Dingen auch folgende „Ausführungen" auf:

„Der Preis für Häuser in Deutschland ist heute viel niedriger als der Wert, den Grundstücke in anderen Ländern haben. Z. B. kann in Berlin ein Gebäude, das vor dem Krieg 500 000 Goldmark gleich 2 500 000 Papierlire, kostete, zu besonders günstigen Bedingungen für eine Summe im Wert von 20 000 Goldmark, gleich 100 000 Papierlire erworben werden. Man kann das Baumaterial, das bei der Demolierung des Hauses abfällt (Eisen, Holz, Glas, Installationsgegenstände) für nicht weniger als 100 000 Goldmark = 500 000 Papierlire losschlagen!"

Dieser Passus bedarf keiner weiteren Erläuterung. Aber die Geldgeber der „Markverwertungsgesellschaft" sind von Belang. Das „Unternehmen wird von der Bank Kahn, Weil & Co., Berlin, Bellevuestr. 4, finanziert, die ein Ableger der „Banca Commerciale Italiana" ist.

Tausende von deutschen Volksgenossen, schreibt dazu die „Bodenreform", sind wohnungslos, für die Ruhrflüchtlinge gibt es kein Obdach: und dieses Schieberpack gründet eine Aktiengesellschaft zu dem einzigen Zweck, Wohnhäuser aufzukaufen und niederzulegen, das Baumaterial zu verschachern und den Valutagewinn einzustecken. Wirtschaft, Herr Staatsanwalt!

Zinssklaverei ohne Ende

Wie Prager Blätter berichten, bewilligten die Prager Großbanken im Hinblick auf den Überfluß an Barmitteln dem Staate eine kurzfristige Anleihe mit einem niedrigeren Zinsfuß als bisher. In den Banken befinden sich derzeit an drei Milliarden Giroeinlagen, welche ohne jede Verzinsung liegen. Die Anleihe wird in der Form von Kassenscheinen mit 5½ Prozent Zinsen in der nächsten Woche herausgegeben und ist am 1. Juli 1925 rückzahlbar.

Österreichs Staatsdefizit

Nach einer Zusammenstellung der amtlichen Wiener statistischen Nachrichten, betrug das Staatsdefizit in den ersten sechs Monaten 1923 im Monatsdurchschnitt 17,4 Millionen Goldkronen gegenüber einem Durchschnittsergebnis von 23,5 Millionen, den der Völkerbundsplan in Aussicht genommen hatte. Dieses Ergebnis wurde dadurch erzielt, daß in den ersten fünf Monaten bei den Gesamtausgaben 112 Milliarden Papierkronen erspart wurden, obwohl die Bundesbahnen einen um 200 Milliarden höheren Zuschuß erforderten, und daß die Einnahmen um 553 Milliarden, gleich 30 Prozent, günstiger waren, als der Voranschlag des Völkerbundes. An direkten Steuern allein wurden 584 Milliarden erzielt gegen 252 Milliarden des Voranschlages. Im zweiten Halbjahr wird das Defizit im Monatsdurchschnitt 13 Millionen Goldkronen nicht übersteigen dürfen.

Die deutschen Guthaben in England

Auf eine Anfrage im Unterhaus erklärte der Vertreter des Schatzamts, die deutsche Regierung verfüge bei englischen industriellen Unternehmungen über keine disponiblen Kredite. Wenn deutsche Privatpersonen bei englischen industriellen Unternehmen über Kredite verfügen, so handle es sich um Kredite für die Beschaffung von Waren oder Rohstoffen. Die englische Regierung könne nicht nach jedem einzelnen Guthaben greifen, um es den Reparationen zuzuführen. Der deutschen Regierung würde es zustehen, Guthaben deutscher Staatsangehöriger bei ausländischen Banken zu mobilisieren, um sie für die Reparationen fruchtbar zu machen. Dem Schatzministerium sei nichts davon bekannt, daß vor einem Monat von Deutschen große Summen nach England geschickt wurden; auch habe man keine Kenntnis, daß die deutschen Bankguthaben in England sich auf mehrere Millionen Pfund Sterling beziffern, wie ein Abgeordneter behauptet hatte.

Die Goldanleihe

Der Betrag der neuen Reichsgoldanleihe, über die, wie gemeldet wird, in allen wesentlichsten Punkten maßgebenderseits harmonische Übereinstimmung herrscht, wird die Höhe der Dollarschatzanleihe nicht erreichen. Die Verzinsung wird mit 5 Prozent erfolgen, während die Laufzeit derselben zwölf Jahre sein soll. Die Stücke sollen, ähnlich den Dollarschatzanweisungen, auf Dollar bzw. Goldmark lauten, darunter die kleinsten auf 5 Dollar oder 21 Goldmark.

Welthandelstonnage

Das Lloyd-Register für 1923 gibt die Zahl der Handelstonnage der Welt mit 65 166 238 gegen 46 970 115 im Jahre 1913 an. Im Bau befinden sich über 2½ Millionen Tonnen.

Zunahme der Insolvenzen in Amerika

Eine der bedeutendsten Baumwollmaklerfirmen der amerikanischen Südstaaten, die Firma Barrett & Co., in Augusta Ga. U.S.A., hat ihre Zahlungen eingestellt.

Wirtschaftsrundschau

Bald so, bald anders ...

Berlin. Das Reichsbankdirektorium teilt mit: Gemäß § 1 der Verordnung über Termingeschäfte und den Handel mit Dollarschatzanweisungen zum Einheitskurse vom 3. Juli 1923 (R.G.B. I S. 511) sind u. a. Termingeschäfte in Zahlungsmitteln oder Forderungen in ausländischer Währung gegen Reichsmark verboten. Auf Grund § 6 der Verordnung bestimmt der Reichswirtschaftsminister, daß diese Vorschrift auf den Geschäftsverkehr mit der Reichsbank keine Anwendung findet und die Reichsbank befugt ist, die Devisenbanken zu ermächtigen, für Rechnung der Reichsbank Terminkäufe abzuschließen und die näheren Bestimmungen zu treffen. Die Reichsbank ermächtigte auf Grund dieser Bestimmung die Devisenbanken, Devisen auf Termin gegen Reichsmark anzukaufen, soweit es sich dabei um eine Vermittlung und Ablieferung von Exportdevisen an die Reichsbank handelt.

Lebenshaltungskosten

Berlin. Die Reichsindexziffer für Lebensunterhaltungskosten stellt sich nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes für 23. Juli c. auf 39 336 (1913/1914: 1). Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (28 892) beträgt somit 36,1 Prozent.

Reichsmündelsichere Goldanleihe

Stuttgart. Die Neckar-Akt.-Ges. gab im Mai 1923 unter Haftung des Reiches, der Länder Württemberg, Baden und Hessen eine fünfprozentige Neckargoldanleihe aus. Hiervon wurde im Mai ein Teilbetrag zur Zeichnung aufgelegt. Ein weiterer Betrag in Höhe einer Million Goldmark gelangt nunmehr durch dieselbe Bankgemeinschaft unter Führung der Württ. Vereinsbank zum freihändigen Verkauf. Der Verkaufspreis ist auf 103 Prozent frei von Stückzinsen.

Londoner Goldpreis

Berlin. Die Devisenbeschaffungsstelle G. m. b. H. veröffentlicht im „Deutschen Reichsanzeiger" folgende Bekanntmachung über den Londoner Goldpreis gemäß § 2 der Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über wertbeständige Hypotheken vom 29. Juni (R.G.B. Seite 482): Der Londoner Goldpreis beträgt für eine Unze Feingold 89 sh 8 p, für ein Gramm Feingold demnach 34,5942 p.

Warenmarkt

Nürnberg. (Hopfenbericht.) Die trockene und heiße Witterung der letzten Tage war für das Wachstum der Hopfenpflanzen nicht sehr günstig, denn der stark ausgetrocknete Boden ließ das Wachstum wieder ins Stocken kommen. In manchen Gärten fangen die Pflanzen teilweise zu verdorren an. Der Stand der Hopfenpflanzen ist zur Zeit sehr verschieden. Es gibt Sorten, in denen die Pflanzen die ganze Gerüsthöhe erreicht haben und bereits in Blüte stehen; in anderen Anlagen ist nur die halbe Gerüsthöhe erglommen und vom Anflug noch nichts zu sehen. Die Wertbesserung machte innerhalb der vergangenen acht Tage etwa 10 Millionen Mark für den Zentner aus. Das Angebot war, obwohl Zufuhr und Umsatz sich nahezu ausgeglichen, äußerst beschränkt. Eine weitere Ursache zu der neuen Preiserhöhung war die anhaltende Nachfrage, die in keinem Verhältnis zu den geringen Lagerbeständen stand. In der Zeit vom 19. bis 25. Juli gingen bei einer Abladung von 30 Ballen 40 Säcke aus dem Markt. Die Verkäufe der Woche setzten sich zusammen aus gelbem Markthopfen zu 15—16 Millionen, gelbem Hollertauer zu 16—16,5 Millionen, sonstiger Hollertauer zwischen 16 und 25 Millionen, Markt- und Gebirgshopfen zwischen 15,7 und 21 Millionen und Württemberger zu 20 Millionen Mark.

Der Dollar

Auszahlung Neuyork

758100 G 761900 B

München. (Münchener Produktenbörse vom 25. Juli.) Entsprechend der weiteren Markentwertung weiterhin fest. Im Handel wurden in Waggonladungen folgende Großhandelseinkaufspreise pro Ztr. in tausend Mark festgestellt: Roggen 790—840, Weizen 970—1000, Gerste —, Hafer 775—840 M. Rauhfutter: Heu, gut, gesund, trocken 85—90, Heu, gesund, trocken 80—85, Stroh gebündelt 70—75, Futtermittel: Kleie ohne Sack 460—500 M. Die Erzeugerpreise müssen gegenüber obigen Preisen niedriger sein. Von den Mühlen wurden nachstehende Preise (Mehl) pro 100 Kg. übermittelt: bayerische Mehle Bo. ohne Sack frei Haus München: Weizenmehl 70proz. 2000, Roggenmehl 80proz. 2200, Weizenbrotmehl Nr. 4 1974, Weizenfuttermehl Nr. 6 1061 M. Sämtliche Preise für bayerische Mehle gelten nur als Richtpreise. Außerbayerische Mehle ohne festes Angebot. Für Weizenmehl je nach Qualität werden als Richtpreise 2 965 000—4 045 000 M. genannt.

München, 26. Juli. Der Münchener Fleischgroßmarkt am Donnerstag zeigte so richtig die Auswirkung des nachgerade kläglich beschickten Marktes am gestrigen Mittwoch. Die Angebote hatten nämlich nur 308 Rinderviertel Frischfleisch, sowie 81 Rinderviertel argentinisches und 20 Rinderviertel inländisches Gefrierfleisch betragen. Das Frischfleisch war wieder in allen Qualitäten vorhanden, während vom Gefrierfleisch das argentinische nur durchwegs erstklassige, das inländische dagegen nur ganz mindere Ware war, welches in der Vorkriegszeit höchstens in der Freibank zu ganz niedrigen Preisen Absatz gefunden hatte. Wie nicht anders vorauszusehen war, gestaltete sich der Marktverkehr bei allen Fleischgattungen sehr lebhaft, so daß restlos geräumt werden konnte, obwohl die Preise eine neuerliche Steigerung erfahren hatten. Es erzielten das Pfund Frischfleisch 30—65 000, argentinisches Gefrierfleisch 54—56 000 und inländisches Gefrierfleisch 26 000 bis 28 000 Mark.

Berliner Metalle

Berlin, den 26. Juli 1923

Raffinadekupfer	237—240
Originalhüttenweichblei	84—88
Hüttenrohzink im freien Verkehr	105—110
Originalhüttenrohzink	—
Plattenzink	80—85
Originalhüttenaluminium	—
Hüttenaluminium in Walzen	—
Bankazinn	650—670
Straitszinn	651—670
Australzinn	650—670
Hüttenzinn	621—640
Reinnickel	420—440
Antimon	84—88
Silber	13800—14500
Elektrolytkupfer	—

Die Ziffern gelten als Tausender

Berlin. (Amtliche Produktenpreise.) Weizen Märkischer 1300—1500, Roggen Märk. 900—950, Sommergerste Märk. 950—1000, neue 950—990, Hafer Märk. 900—980, Weizenmehl 3700—4400, Roggenmehl 2800—3000, Weizenkleie 560—600, Roggenkleie 560—600, Raps 1400—1500, Viktoriaerbsen 1600—100, kleine Speiseerbsen 1100 bis 1300, Futtererbsen 900, Peluschken 950, Ackerbohnen 750, Wicken 800—900, blaue Lupinen 550—600, gelbe Lupinen 625—675, Rapskuchen 700—750, Trockenschnitzel 420—450, Zuckerschnitzel 520—560, Torfmelasse 380—400. — Nichtamtliche Rauhfutternotierungen: Weizen- und Roggenstroh, drahtgepreßt 80—83, Haferstroh 68—72, gebündeltes Roggenlangstroh 78 bis 83, Heu, gutes, alt 58—65, neu 50—55, Heu, handelsüblich, alt 45—50, neu 45—47.

Kurse

Das Ende der Reichsmark

Der heutige amtliche Devisenverkehr in Berlin ist durch den starken Kurssturz der Mark an den gestrigen Auslandsbörsen nachhaltig beeinflußt worden. Die Parität für den Neuyorker Schlußkurs beträgt 657 891 Mark. In Danzig wurde der Dollar gestern amtlich mit 650 000 Mark notiert, streift aber im Freiverkehr bereits die Grenze an 700 000 Mark.

Nachdem die Reichsbank auf Grund der bekannten Verordnungen des Reichswirtschaftsministers die Devisenbanken ermächtigt hat, Devisen auf Termin gegen Reichsmark anzukaufen, sieht man in hiesigen Börsenkreisen dem Termin dieser Devisengeschäfte mit größtem Interesse entgegen.

Gestern wurde in London ein großes Verkaufsangebot deutscher Mark für ultimo September beobachtet. Es wurden zeitweise drei 3 100 000 für ein Pfund begeben.

Das Effektengeschäft gestaltete sich im Verkehr von Bureau zu Bureau recht ruhig bei festen Kursen. Die gestrigen Kurssteigerungen und die Geldknappheit dämpfen die Unternehmungslust der Spekulation.

Regierung und Reichsbank sind völlig kopflos und sehen dem Tohuwabohu gottergeben zu. Das geht mit bezeichnender Deutlichkeit aus folgender Hiobsbotschaft hervor:

Berlin, 26. Juli. Getreu der seit einigen Tagen befolgten Politik ist die Reichsbank bei der Festsetzung der amtlichen Devisenkurse fortgefahren, diese dem Stande der ausländischen Plätze noch mehr anzunähern als bisher. Die Anforderungen von Handel und Industrie waren erheblich geringer als seither, so daß auch die Zuteilungen verschiedentlich etwas erhöht werden konnten. Im Vergleich zu vorgestern haben sich die Devisennotizen nahezu verdoppelt.

Berlin, den 26. Juli 1923. Devisen-Kurse.

	26. 7. Geld	26. 7. Brief	24. 7. vor. Geldk.
Amsterd.-Rd. 1 fl.	296300,—	297700,—	161904,—
Buen.-Air. 1 Pes.	[illegible]	[illegible]	140418,—
Christiania 1 Kr.	124690,—	125310,—	67431,—
Kopenhag. 1 Kr.	[illegible]	134335,—	72319,—
Stockholm 1 Kr.	202192,50	203307,50	109725,—
Helsing. 1 fin. M.	21440,—	21554,—	11770,50
Italien 1 Lira	32917,50	33082,50	19054,50
Lond. 1 Pfd. St.	3491250,—	3508750,—	1895250,—
New York 1 Dollar	758100,—	761900,—	412965,—
Schweiz 1 Frcs.	134662,50	135337,50	74713,—
Spanien 1 Pes.	107730,—	108270,—	[illegible]
Japan 1 Yen	371070,—	372930,—	201495,—
Rio 1 Milreis	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Wien 100 Kr.	1148,—	1158,—	588,50
Prag 1 Kr.	23441,—	23559,—	12868,50
Agram 1 Dinar	8079,50	8120,50	4411,50
Budapest 1 Kr.	37,90	38,10	18,92
Sofia 1 Lewa	7281,50	[illegible]	[illegible]

Berlin, den 26. Juli 1923. Noten.

	26. 7. Geld	26. 7. Brief	24. 7. vor. Geldk.
Amerik. Noten	758100,—	761900,—	412965,—
Englische "	3491250,—	3508750,—	1895250,—
Italienische "	32917,50	33082,50	[illegible]
Rumänische "	[illegible]	[illegible]	1985,25
Schweizer "	[illegible]	[illegible]	73718,—
Türkische "	—	—	—
Tschechische "	23441,—	23559,—	12868,50
Kleine Tschechen	23341,50	[illegible]	[illegible]
Österreich. abgest.	1147,—	1153,—	588,50
" neue 100er	—	—	—
Polnische Noten	[illegible]	378,50	[illegible]
Holländische "	293260,—	296540,—	161904,—
Ungarische "	21,40	21,60	20,65

Zürich, 25. Juli. (Devisenkurse, ohne Gewähr.) Holland 219,75; Berlin 0,0009½; Wien 0,0078¾; Prag 16,65; Paris 33; London 26,72; Italien 24,40; Brüssel 27,10; Budapest 0,004; Newyork 559,50; Warschau 0,0067; Kopenhagen 97,75; Stockholm 149,25; Christiania 90,50; Madrid 79,75; Buenos 193,—.

Löhne und Tarife

Durch die Landesarbeitsgemeinschaft land- und forstw. Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen wurden die Löhne für Landarbeiter ab 23. Juli um 280 Prozent, für landw. Dienstboten um 230 Proz. und für Forstarbeiter um 300 Proz. erhöht. Dadurch kommen die Tagelöhne der Landarbeiter bei 10stündiger Arbeitszeit erst auf 87 742 M., also 8774 M. je Stunde, wozu noch ein Naturaklohn (Deputat) um rund 16 000 M. je Tag kommt. Das ist der Spitzenlohn, der für die wenigsten Landarbeiter gilt. Der Wochenlohn für landw. Dienstboten steht jetzt neben der Verpflegung auf 208 280 Mark in der Spitze. Der Lohn für Forstarbeiter steht jetzt auf 15 000 M. in der Stunde.

*

Berlin. Der deutsche Buchdruckerverein teilt mit: Das Zentralschlichtungsamt der deutschen Buchdrucker hat in seiner Sitzung vom 16. 7. für die Woche vom 21. 7. bis 27. 7. eine Erhöhung von 60 Prozent und in der Woche vom 28. 7. bis 3. 8. von 80 Prozent auf die gegenwärtigen Löhne festgesetzt. Zur Vereinfachung des Rechnungswesens hat der deutsche Buchdruckerverein beschlossen, eine Schlüsselzahl einzuführen, die als Grundlage die letzte (braune) Ausgabe des deutschen Buchdruckpreistarifes hat. Die Schlüsselzahl ab 21. 7. beträgt 1850, was einer Erhöhung des jetzigen Druckpreises um 78,5 Prozent entspricht.

Berlin. Nach Blättermeldungen wurde im Zeitungsgewerbe ein Schiedsspruch gefällt, der für Juli eine Erhöhung von 320 Prozent der Junigehälter vorsieht. Der Schiedsspruch wurde gestern abend in einer öffentlichen Versammlung der Zeitungsangestellten mit großer Mehrheit angenommen. Bei den Gehaltsverhandlungen haben sich die Arbeitgeber mit einer kürzeren Zahlungsweise des Gehalts und mit der Aufnahme der Wertbeständigkeitsklausel einverstanden erklärt.

Berlin. Für die im Hamburger Hafen beschäftigten Arbeiter sieht der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses für die Zeit vom 5. bis 11. August einen Tagelohn von ½ Million Mark vor.

Gesellschaften

München. Bayerische Union-Rückversicherungs-A.-G. Diese Gesellschaft wurde unter Führung des Iduna-Konzerns und unter Mitwirkung der Bayern-Pfalz-Versicherungs-A.-G. in München mit einem Stammkapital von 1 Milliarde Mark gegründet. Den ersten Aufsichtsrat bilden: Justizrat Dr. Wilhelm Rosenthal, Direktor der Münchener Lichtspielkunst, Vors.; Dr. Ernst Rord, Generaldirektor des Iduna-Konzerns, 1. stellv. Vors., Halle; Richard Wildemann, Direktor in München, 2. stellv. Vors.; Kommerzienrat Gustav Agmann, Direktor der F. Bruckmann-A.-G.; Dr. Otto Guthmann, Syndikus in München; Hugo Gutmann, Direktor des Leinhofer Aktienvereins; Landtagspräsident Heinrich Königbauer, München; Kommerzienrat Jonas Mayer, Bayern-Pfalz-A.-G., München; Hugo Sänger, Rhein. Industrie- und Landbank-A.-G. in Bonn; v. Seidlitz, Bergwerksbesitzer in München; Ernst Uebele, Kabelwerk Neumeyer-A.-G., München; Hauptmann a. D. Karl Borsheim, Direktor der Hansa-Holz-Export G. m. b. H. in München; Rechtsanwalt Ludwig Erlanger in München.

(Herr Königbauer hat sich eine „Umgebung" gewählt, die mutatis mutandis die Anwendung jenes berühmten Zitates Dr. Heims zuließe, mit dem er seinen Aufsichtsratsposten bei der Deutschen Bank entschuldigte.)

Berlin. Bank elektrischer Werte. In der Aufsichtsratssitzung am 25. Juli wurde über die voraussichtlichen Ergebnisse des abgelaufenen Geschäftsjahres berichtet. Die Gesellschaft, die durch Aktienbesitz an der A.E.G. und dieser nahestehenden Unternehmungen beteiligt ist, beabsichtigt, zur Erweiterung ihrer finanziellen Tätigkeit das Stammkapital um 300 Millionen auf 500 Millionen Mark zu erhöhen, von denen den alten Aktionären das Bezugsrecht von 5:1 angeboten werden soll. Die außerordentliche Generalversammlung wird auf den 11. Aug. einberufen.

Preisbewegung

Berlin. Die im Zentralverband der deutschen elektrotechnischen Industrie zusammengeschlossenen Glühlampenfabriken haben den Multiplikator auf 1400 mit Wirkung vom 26. 7. erhöht.

Berlin. Der Verband deutscher Treuhand- und Revisionsgesellschaften e. V. Berlin hat rückwirkend ab 15. 7. den Multiplikator auf 10 000 festgesetzt.

Berlin. Der Benzolverband G. m. b. H. Bochum setzte mit Wirkung vom 26. 7. ab den Kleinverkaufspreis für gereinigtes B.V.-Motorenbenzol auf 38 000 M. für 1 Kg. ab Hauptverkaufsstelle fest.

Berlin. Der Gußgeschirrverband G. m. b. H. in Berlin kann auch diesmal wegen verspäteter Festsetzung die ab 24. 7. geltenden Roheisenpreise, sowie die ab genanntem Tage geltenden Verkaufspreise erst in den nächsten Tagen bekanntgeben.

Berlin. In den nächsten Tagen wird durch eine Verordnung des Reichswirtschaftsministeriums die Verordnung über Höchstpreise für Zeitungsdruckpapier abgeändert, für Rollenpapier ist ein Preis von 874 000 M., für Formatpapier ein solcher von 974 200 M. festgesetzt worden. Diese Preise gelten jedoch nur für dasjenige Zeitungsdruckpapier, das für den Druck von deutschen politischen Zeitungen, Zeitschriften der offiziellen Organe von Berufsvertretungen, Wochenzeitungen und sonstigen Blättern, die auf Grund des Gesetzes über die Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Notlage der Presse Rückvergütungen auf Druckpapierpreise erhalten, bestimmt ist. Die Erhöhung der Höchstpreise erfolgte wegen der inzwischen eingetretenen Kohlenpreis- und Lohnerhöhungen.

Berlin. Die Schlüsselzahl des Textileinzelhandels und die Wertmeßziffer in der Damenkonfektion beträgt, wie die „Deutsche Konfektion" mitteilt, ab 26. Juli 1923 3100.

Hannover. Mit Wirkung ab 26. 7. einschl. wurden von den maßgebenden deutschen Gummireifen-Fabriken die bisherigen Preisaufschläge zu den in Kraft getretenen Listen in Prozent wie folgt geändert: für Fahrraddecken 1500 statt bisher 1100, für Fahrradschläuche 1400 statt bisher 1100, für Kraftraddecken 1600 statt bisher 1100, für Kraftradschläuche 1000 statt bisher 850, Hilfskraftraddecken 1600 statt bisher 1100, Transportschläuche 1600 statt bisher 1100, Schlauchreifen 1600 statt bisher 1100, Vollreifen 1500 statt bisher 1000, sämtliches Zubehör 1100 statt bisher 850, Autodecken und Schläuche 1200 statt bisher 850 bzw. 900. Die Preise für Reifenreparaturen und Werkstättengummi werden um weitere 25 Proz. erhöht. Das einfache Auf- und Abpressen eines Vollreifens kostet ab 26. 7. einschl. 38 000 Mark.

Hauptschriftleiter und verantwortlich für Politik: Alfred Rosenberg; für Bayerische Rundschau und Kommunales: J. V. Hermann Esser; für den wirtschaftlichen Teil: Dr. H. Buchner; Kunst und Wissenschaft: Karl Friedrich Weiß; für Bewegung: H. Esser; für den Anzeigenteil: Josef Huber. Verlag: Franz Ehers Nachfolger. — Rotationsdruck: Münchener Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn. Sämtliche in München.